

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Prüfung der Erstellung eines Sozialleitbildes für die Landeshauptstadt Graz

GR. **Hohensinner** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grünen, BZÖ und GR. Mag. Mariacher folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Gäste! Bei meinem Antrag geht es um die Erstellung eines Sozialleitbildes für die Landeshauptstadt Graz. Bei der Gestaltung neuer Stadtteile stehen der Stadt bezüglich Sozialraumentwicklung bis dato keine Rahmenrichtlinien zur Verfügung. Über diesen Zustand werden wir auch aktuell bei der Herausforderung Reininghaus erinnert. Während jeder andere Bereich in der Stadtentwicklung mit gewissen Rahmenbedingungen versehen ist, gibt es im Sozialbereich keine umfassenden von der Stadt Graz einheitlich formulierten Vorgaben beziehungsweise Mindeststandards.

Salzburg geht hier mit einem guten Beispiel voran.

Nach einem einstimmigen Beschluss im Stadtsenat wurde am 7.7.2004 das Sozialleitbild der Stadt Salzburg auch vom Gemeinderat einstimmig beschlossen und in weiterer Folge umgesetzt.

Dieses Sozial-Leitbild wurde in verschiedenen Projektgruppen, in Workshops, Focusgruppen und Konferenzen entwickelt. Dabei übernahmen auch viele Bürger eine tragende Rolle.

Das Ergebnis ist ein Leitbild in welchem Vision, Ziele, Grundprinzipien und Kernaufgaben festgeschrieben sind. Damit übernimmt das Salzburger Sozialleitbild eine unverzichtbare Funktion bei der Gestaltung der Zukunft. Es ist wie ein Kompass, nach dem sich jedes Handeln von Politik und Verwaltung orientieren soll.

Richtlinien für Graz sollten nach Beispiel Salzburg wie folgt ausschauen und folgende Eckpunkte beinhalten:

-
- Die Stadt sorgt weiter für stabile soziale Verhältnisse.
 - Integration statt Ausgrenzung – alle BewohnerInnen sind in die Gesellschaft integriert. Planungen und Umsetzungen dienen diesem Ziel.
 - Für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt sind die Lebensgrundlagen gesichert.
 - Prävention hat immer Vorrang. Wir handeln bevor Probleme entstehen.
 - Soziale Kommunalpolitik und Verwaltung sind innovativ. Wir suchen angemessene Lösungen für Probleme.
 - Das gesamte Dienstleistungsangebot ist transparent. Die Menschen wissen, wo sie und wie sie Hilfe bekommen.
 - Wir prüfen Planung und Maßnahmen der Stadt Graz auf ihre sozialen Folgen, das heißt Sozialverträglichkeitsprüfung und wir fordern auch ein soziales Monitoring.
 - Wir helfen den Menschen dort, wo sie leben, das heißt, das ist das Nahraumprinzip und Stadtteilorientierung.
 - Das Casemanagement soll durch „Fallsteuerung“ zu einer höheren Qualität führen.
 - Umsetzung der Sozialraumorientierung nicht nur in der Jugendwohlfahrt sondern auch in der Sozialhilfe.
 - Entwicklung und Einführung des „Sozialpasses“, wir haben sehr oft über dieses Thema hier diskutiert und da geht es nicht darum, dass eine Stadträtin einen gewissen Betrag bekommt und dann Maßnahmen setzt, sondern es soll ein zentraler Nachweis für private und öffentliche Leistungen sein.
 - Wir unterstützen die Entwicklung des sozialen Zusammenlebens (Gemeinwesenprinzip).
 - Wir stärken das bürgerliche Engagement, das Ehrenamt und bieten auch Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung Möglichkeiten, sich freiwillig für die Gesellschaft einzubringen.
 - Alle Ressorts kooperieren miteinander. Jede Planung beeinflusst das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner.

- Das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe zieht sich durch alle Bereiche.
- Die Leistungen der Stadt werden laufend auf ihre Effizienz und Effektivität evaluiert.
- Wir berücksichtigen geschlechtsspezifische Bedürfnisse in unterschiedlichen Lebensphasen.

Es hat auch einige Gespräche hier im Rathaus mit Vertreterinnen und Vertretern des Salzburger Gemeinderates gegeben. Sie haben noch einmal die Wichtigkeit so einer sozialen Richtschnur unterstrichen, sie haben gemeint, dass jede Stadt eigene Richtlinien zu entwickeln haben. Wichtig ist, dass man nicht nur Beamtinnen und Beamte hier miteinbezieht, sondern NPOs und NGOs und auch eben die Bevölkerung, wie vorher erwähnt. Dieses Leitbild soll auch die Grundlage für zukünftige Strategien beziehungsweise Aufnahme in einen Maßnahmenkatalog sein.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stellen wir mit Unterstützung von SPÖ, Grüne, BZÖ und dem Herrn Mag. Gerhard Mariacher daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständige Stadträtin für Soziales wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Erstellung eines Sozialleitbildes für die Landeshauptstadt zu prüfen und den Gemeinderat in der Sitzung am 12. Mai 2011 über das Ergebnis zu informieren (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Bevor wir in die Diskussion des Antrages gehen möchte ich unsere Gäste auf der Galerie sehr herzlich begrüßen. Wir haben heute Schülerinnen und Schüler des BORG Monsbergergasse zu Gast mit den Professorinnen Schimpl und Sandholzer. Herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*). Übrigens haben wir keine

Diskussion zur Dringlichkeit, nachdem der Antrag von ÖVP, Grünen, SPÖ, BZÖ und Herrn Mariacher gemeinsam eingebracht wird.

GRin. Mag.^a **Taberhofer** zum Antrag: Werte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorliegende Antrag zur Erstellung eines Sozialleitbildes vermittelt den Eindruck als ob die Stadt Graz bislang keine Kriterien und Maßnahmen im Sozialbereich entwickelt hätte und seinen Kernaufgaben nur unter diesen voraussetzenden Bedingungen gerecht werden könnte. Es wäre für mich nachvollziehbar, wenn man bezogen auf die steigenden Anforderungen, die das Amt im Hinblick zum Beispiel auf die Einführung der Mindestsicherung hat, geeignete Unterstützungsmöglichkeiten überlegt beziehungsweise mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden. Aber mit der Entwicklung eines Leitbildes ist weder dem Amt und schon gar nicht den Menschen geholfen, die aufgrund ihrer Notsituation gezwungen sind, Hilfe und Unterstützung in Anspruch nehmen zu müssen. Davon abgesehen verdeutlicht der Antrag, dass die Erstellung des Leitbildes in Salzburg ein langer, gemeinsamer Diskussionsprozess aller im Gemeinderat vertretenen Parteien war, während dieser vorliegende Antrag bereits Eckpunkte vorgibt, die nicht übereinstimmt mit den politischen Zielsetzungen aller Parteien sind. Diese angedachte Vorgangsweise wird uns in wichtigen politischen Fragen nicht wesentlich weiterbringen, denn was jetzt gefragt ist, ist zum Beispiel in Bezug auf den Sozialpass ein bereichsübergreifender Diskussionsprozess, der Strategien zur Umsetzung und insbesondere zur Finanzierung beinhaltet. Das ist eine Aufgabe, die im Interesse unserer Stadt ist und aus dem Grund haben wir uns als KPÖ-Fraktion entschieden, dem Antrag keine Zustimmung zu geben. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Wir unterstützen den Antrag und sind auch auf diesen Antrag draufgegangen und diesbezüglich stehen wir auch nicht an, den Gemeinderat Hohensinner dazu zu gratulieren, dass er diese Initiative einbringt, mit dem anderen Unterschied, der Kollege Hohensinner ist Mitglied des Gemeinderates und nicht zuständiger Sozialstadtrat oder Sozialstadträtin und gerade so etwas hätte ich mir eigentlich von der Sozialstadträtin erwartet, gerade, Frau Kollegin Schröck, jetzt sind Sie ja doch schon einige Monate hier in diesem Amte und gerade solche Initiativen würden eigentlich zur Kernkompetenz ihrer politischen Arbeit gehören. Es kann nicht sein, Sie sollen Sprechstage machen aber mit etwas kuriosen Auftrittformen, wie Sozialsprechstage im vornehmen Café Sacher, das ist nicht Sozialpolitik, auch keine Sozialpolitik für die Stadt Graz. Es ist auch nicht Sozialpolitik, 20 VIP-Karten für das Beach-Volleyball anzukaufen von je 3000 Euro und dann zu meinen, dorthin einen Ausflug zu machen, das ist nicht Sozialpolitik, sondern Sozialpolitik ist auf gleicher Augenhöhe Menschen zu helfen, die Hilfe notwendig haben. Im Sinne eines solidarischen Sozialwesens, wie wir es in der Stadt haben und das erwarten wir uns auch. Initiativen, Sie wissen ganz genau, dass wir in Graz eine hohe Zahl haben von Menschen, die ganz knapp unter der Armutsgrenze leben müssen, die auch armutsgefährdet sind, eine weit größere Anzahl, die durch Privatkonkurse, Überschuldung, Arbeitslosigkeit akut armutsgefährdet sind. Da erwarten wir uns von Ihnen, dass Sie Initiativen setzen und die sind Sie uns seit fünf Monaten schuldig, Frau Kollegin und das tut mir so leid gerade in einem sensiblen Bereich, wo wir jetzt im Jahr 2011 auch in der zweitgrößten Stadt Österreichs die Auswirkungen einer Wirtschaftskrise zu bewältigen haben. Nicht mehr den Höhepunkt einer Wirtschaftskrise, aber das was tragischerweise hier nachschwappt und da verlangen wir schon von Ihnen, dass Sie eigene Ideen hier endlich einmal in den Gemeinderat einbringen, die es zu diskutieren gibt. Frau Kollegin Taberhofer von der KPÖ, die Kritik kann ich nicht teilen, denn das, was wir heute beschließen ist folgendes: Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständige Stadträtin für Soziales wird beauftragt die Möglichkeit zur Erstellung eines Sozialleitbildes für die Landeshauptstadt zu prüfen und dem

Gemeinderat in der Sitzung am 12. Mai über das Ergebnis zu informieren, das ist der Beschlusstext, die Beschlussformel und auf die Beschlussformel kommt es mir drauf an. Wie Sie wissen, ist auch laut Geschäftsordnung das was davor ist, sofern kein Bezug darauf genommen ist und in der Beschlussformel wurde kein Bezug darauf genommen, de facto endlich ein Antrag, dass die Sozialstadträtin nach fünf Monaten jetzt das Thema in dem Bereich einmal aktiv wird und das ist uns Zeichen genug und da danken wir dem Kollegen Hohensinner, dass er hier die Initiative eingebracht hat.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich als unabhängiger Gemeinderat und da tue ich mir vielleicht ein bisschen leichter als Gemeinderäte anderer Fraktionen beim Kollegen Hohensinner für die Initiative, weil es ein Beispiel ist, dass man nicht alles neu erfinden muss in Graz, so schön es ist, wenn es in Graz Ideen gibt, sondern dass es oft ein sehr gutes und aprobat Mittel ist, gute Ideen, Vorschläge, Initiativen, die woanders, hier aus Salzburg und ich habe es mir nicht nur ausgedrückt, sondern auch entsprechend gelesen das Sozialleitbild der Stadt Salzburg entsprechend entwickelt worden ist dort schon zum Leben erweckt worden sind, dass man die Ideen nach Graz hereinholt und diese Dinge wirklich auch versucht hier umzusetzen und einfach zu tun, nicht nur zu reden, sondern zu tun. Und zur Kollegin Taberhofer muss ich sagen, vielleicht verquicken wir oder haben Sie da zwei Dinge auf unterschiedlichen Ebenen miteinander verquickt. Hier geht es um ein Leitbild, um eine strategische Maßnahme, Sie haben gesprochen von durchaus sehr wichtigen operativen Umsetzungen, klar, irgendwo muss das eine in das andere münden, aber hier geht es wirklich um ein gedankliches Konstrukt das dem voransteht, das ein Leitbild, eine Orientierung in einer sehr, sehr schwierigen Querschnittsmaterie für die Stadt Graz ist, nämlich gewissen Grundprinzipien, die mir als unabhängiger Gemeinderat auch sehr wichtig sind, dass man nach Möglichkeit in allen Fragen des Sozialen, ob das die Wohnraumangelegenheiten anbelangt, ob das die Fragen sind der Familie oder der

Partnerschaft, ob das die Frage der Lehrlingsbeschäftigung ist, dass wir immer versuchen, die Prävention in den Vordergrund zu stellen und nicht im Nachhinein Reparaturmedizin, würde ich fast sagen, im Sozialbereich machen, das sind für mich Dinge, die einfach ganz, ganz wichtig und im Vordergrund stehen. Wir hoffen, dass wir mit dieser Entscheidung, mit dieser Abstimmung heute auf einem guten Weg sind und nochmals Danke und meine Unterstützung ist gewiss.

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Frau Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal: das Sozialamt hat ein Leitbild, es gibt ein Leitbild im Sinne der Plants core card, es beschränkt sich jedoch ausschließlich auf die Abläufe innerhalb des Amtes. Ich habe jahrelang im Qualitätsmanagement gearbeitet, ich kenne Zielplanungen, ich kenne Leitbilder, ich kenne Missionen, ich kenne Visionen und ich sage Ihnen, ich bin gerne bereit ein solches Leitbild zu erstellen. Was mir jedoch wichtig ist, ich möchte kein allgemeines blabla dahinformulieren, wo alle mitkönnen, sondern ein Leitbild heißt für mich, da sind konkrete Maßnahmen drinnen, da sind konkrete Richtungen drinnen und dieses Leitbild braucht einfach Zeit. Und, Herr Gemeinderat Grosz, Sie glauben wohl nicht ernsthaft, dass ich mich damit noch nicht auseinandergesetzt habe, aber ich gehe nicht mit Gesprächen an die Öffentlichkeit, die noch nicht spruchreif sind. Natürlich beschäftige ich mich damit, natürlich denke ich drüber nach, wie schaut die Sozillandschaft der Stadt Graz in Zukunft aus, das ist ja meine Hauptaufgabe. Was ich spannend finde ist, dass in diesem dringlichen Antrag einzelne Maßnahmen drinnen sind, die wir hier schon sehr heftig diskutiert haben, vor allem am Tag des Budgetgemeinderates heftig diskutiert haben. Wenn so ein Leitbild zu einem finanzierten Sozialpass ist, dann freue ich mich. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich fange gleich bei Ihrem Statement an, danke, dass Sie dieses Projekt unterstützen oder dass du das Projekt unterstützt, ich möchte nur zu dem Letzten was ausführen, was du gesagt hast, ob das jetzt die Zustimmung für einen finanzierten Sozialpass ist. Es ist die Zustimmung und die Aufforderung, dass wir einen Sozialpass umsetzen und da geht es nicht darum, dass du als Sozialstadträtin 10 Millionen Euro einforderst, sondern, wir wollen, dass du dich bemühst, private und öffentliche Träger dafür zu gewinnen, Ermäßigungen für sozial Schwache zu erwirken, um das geht es. Ich könnte dich fragen, hast du dich schon bemüht, hast du mit Spar, mit Billa und mit anderen Einrichtungen Kontakte aufgenommen. Natürlich werden wir als Stadt Graz auch Ermäßigungen hier beitragen, also da werden wir sicher nicht hinten anstehen, aber ich denke, dass es eine Aufgabe einer Sozialstadträtin ist, nicht nur zu verwalten, da haben wir einen Sozialamtsleiter den Herrn Wippel, den Herrn Dr. Wippel, sondern es ist wichtig, dass du Sozialpolitikerin bist und das ist, glaube ich, eh der erste Stein heute, dass wir gemeinsam an so einem Sozialleitbild arbeiten. Frau Kollegin Taberhofer, ich habe Ihnen das Sozialleitbild hier noch einmal ausgedruckt, hier ist zu erwähnen, dass eben dieses Leitbild nicht nur als Leitbild dasteht, sondern da gibt es eben, wie die Frau Sozialstadträtin gesagt hat, eine Mission, es gibt Ziele, es gibt eine Strategie und einen Maßnahmenkatalog. Das ist wirklich umfassend und vor allem, es ist federführend schon von dem zuständigen Vizebürgermeister, der gleichzeitig Sozialstadtrat ist, aber es sind auch alle Ämter dabei, nämlich wie das Jugendamt und auch das Wohnungsamt und das Wohnungsamt hat dort wirklich einen großen Part übernommen und da würde ich auch die Wohnbaustadträtin dazu einladen, hier mitzuwirken. Danke für die breite Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Masterplan zur Sicherstellung von ausreichend qualifizierten Pflegepersonal

GRin. **Haas-Wippel** stellt namens von SPÖ und ÖVP folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Haas-Wippel**. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Derzeit benötigen mehr als 400.000 Österreicherinnen und Österreicher ständig Pflege und Betreuung. Diese Zahl der Betreuungs- und Pflegebedürftigen wird in Folge der demographischen Entwicklung und der steigenden Lebenserwartung in den nächsten Jahren weiter zunehmen und diese Menschen werden einen hohen Pflege- und Betreuungsbedarf durch ihre Polymorbidität aufweisen.

Nach dem aktuellen Pflegevorsorgebericht des Sozialministeriums werden derzeit rund 80% der pflegebedürftigen Menschen zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Es ist aber davon auszugehen, dass der hohe Anteil der pflegenden Angehörigen in den nächsten 20 Jahren gravierend zurückgehen wird.

Aus diesem Grund und wegen der Zunahme des Anteils jener Menschen, die Unterstützung und Pflege brauchen werden, wird sich der Bedarf an Pflege- und Betreuungspersonen zwangsläufig erhöhen.

Österreich steuert in den nächsten Jahren auf einen dramatischen Pflegenotstand zu. Es ist nicht nur die Frage der Pflegefinanzierung ungeklärt, sondern es fehlt vor allem auch an Pflegepersonen – quantitativ wie qualitativ.

Die Personalsituation im Gesundheits- und Sozialbereich ist derzeit schon äußerst unbefriedigend. Die Nachfrage nach Fachpersonal ist deutlich höher als das Angebot. Die demografische Entwicklung und Personalfluktuationen verschärfen die Situation zusätzlich.

Ich stelle daher namens der SPÖ und der ÖVP folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die Stadt Graz möge die zuständigen Stellen insbesondere des Landes und des Bundes auffordern, zur Sicherstellung des künftigen Betreuungs- und Pflegebedarfs einen Bedarfs- und Entwicklungsplan zu erstellen, der den quantitativen und qualitativen Bedarf an Pflegepersonen sowie deren Ausbildungserfordernisse nach dem ICN-Kompetenzmodell (International Council of Nurses) festschreibt (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine Damen und Herren! Wir bedanken uns bei dir für diesen Antrag, vor allem ich natürlich, der für dieses Ressort zuständig ist. Du hast schon aufgezeigt, wie wichtig hier ein Maßnahmenplan für die Zukunft sein wird, wir befinden uns ja in der Situation, und das ist oft das schwierige, dass die Ausbildung, gerade im Pflegebereich erst mit 17 Jahren beginnen kann, das heißt, wenn jemand nach der Schule sich entschließen würde in diese Richtung sich entwickeln zu wollen, müsste diese Person zwei Jahre überbrücken und könnte dann erst in eine geeignete Ausbildung einsteigen. Das ist aber nur ein Teil natürlich von vielen Varianten, die hier vorbereitet werden, aber es ist sicher ein Gebot der Stunde hier massiv weiterzuarbeiten und das gilt jetzt über alle politischen Fraktionen hinweg, die Kontakte zu knüpfen, das kann in offizieller Variante sein, wie du es angesprochen hast, das sollte aber auch eine Aufforderung sein für alle Kolleginnen und Kollegen, hier die Kontakte ins Land zu nützen und zu suchen, wo man überschneidende Ressorts hat, um auch dort aufmerksam zu machen, wie wichtig dieser Bereich ist und dass man hier wirklich was weiterbringt in Richtung Ausbildung und natürlich dann auch wieder eine Chance für die Jugend. Ich bedanke mich noch einmal und von uns kommt selbstverständlich die Unterstützung. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Eingangs nur eine kurz Bemerkung zur vorigen Wortmeldung der Frau Stadträtin Schröck ein Satz. Wenn Sie ein Sozialleitbild organisieren, dann unterstützen wir das, nur bitte nicht unter den Gegebenheiten der Maßgabe der Mindestsicherung des Herrn Müller, mit einer Million Euro Abfertigung oder Pension, denn das ist nicht besonders sozial. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, zu diesem Antrag, den Antrag unterstützen wir selbstverständlich, aber jetzt frage ich mich, sehr geehrte Damen und Herren von der Sozialdemokratie was sie die letzten Jahre seit dem Jahr 2006 getan haben. Im Jahr 2006 wurde in Österreich, in der Steiermark, in Graz global in unserem beschränkten Österreich der Pflegenotstand ausgerufen, ich erinnere mich, Pflegenotstand in Österreich, uns fehlen die ausgebildeten und qualifizierten Fachkräfte. Die Finanzierung ist nicht mehr gesichert. Seit fünf Jahren diskutieren wir auf unterschiedlichen Ebenen mit Petitionen...

Zwischenruf GRin. Gesek: Seit den 60er Jahren.

GR. **Grosz:** Kollegin Gesek, vollkommen richtig, seit den 60er Jahren diskutieren wir darüber, in dem Fall ich nicht, weil ich 1977 erst geboren bin, aber seit fünf Jahren, das ist halt in der Natur der Sache, das ist halt der biologische Unterschied, Sie haben halt mehr Erfahrung, Frau Kollegin Gesek. Aber wir haben seit fünf Jahren einen Pflegenotstand in dem Land. Verursacht auch durch Ihre Sozialminister Buchinger und nun Sozialminister Hundsdorfer, sehr geehrte Genossinnen und Genossen von der Sozialdemokratie. Und ich glaube nicht, dass wir den Pflegenotstand in diesem Land einmal mehr mit einem dringlichen Antrag der Stadt Graz beheben, wo es wieder einmal lautet, die Stadt Graz möge das Land Steiermark auffordern. Ja dann machen Sie es doch gleich selber, bitteschön, Sie haben immerhin den Soziallandesrat

im Land Steiermark, ich weiß nicht, warum wir da immer zwischen der Sektion der SPÖ Graz und der Sektion der SPÖ auf Landesebene herumdiskutieren, damit Sie ihren Genossen auf Landesebene sagen, dass dieser Pflegenotstand auch behoben wird, das ist wichtig. Wir unterstützen das selbstverständlich, wenn Sie interne Kommunikationsprobleme haben, dann helfen wir Ihnen ein bisschen oder Frau Kollegin Antragstellerin Haas-Wippel, es gäbe auch zur Finanzierung, die Sie angesprochen hätten ein ganz ein einfaches Mittel, für das wir uns alle einmal einsetzen könnten. Wir haben in Österreich 22 Sozialversicherungsanstalten. Wenn wir uns endlich dazu durchringen, diese in drei große Sozialversicherungsanstalten zusammenzulegen, in einen Unfall- und Krankenversicherungsbereich als eine Anstalt, in einen Pensionsversicherungsbereich als eine zweite Anstalt und in Österreich endlich die ehrliche Debatte führen, dass wir für diesen wichtigen Lebensabschnitt Pflege auch endlich eine Pflegeversicherung brauche. Einige Stimmen in Ihren Reihen gibt es ja bereits dafür, dann wäre es ehrlich gegenüber jener Generation, die in irgendeiner Form die nächsten Jahre auf Pflege angewiesen ist. Dafür stehen wir (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Haas-Wippel:** Lieber Kollege Gerald Grosz! Du warst wirklich zu lange weg, du weißt nämlich leider nicht, wer die Zuständigkeit im Land für das Thema Pflege hat, das ist nämlich die Landesrätin Edlinger-Ploder und ich verstehe auch, dass du gerne zurückschaust in die Vergangenheit, weil es da deiner Partei wahrscheinlich auch besser gegangen ist als jetzt der Blick in die Zukunft, ich verstehe das. Aber nichtsdestotrotz ist es wesentlich, dass man Dinge aufzeigt, dass man Initiativen setzt, dass man sagt, was braucht es an der Ausbildung, was kann die derzeitige Ausbildungssystematik abdecken, was braucht es an neuen Ausbildungen, ich denke da an FH-Ebene für die Diplomierten, damit wir da einen Piloten in Österreich starte, wie in anderen Bundesländern und, und, und. Einfach zu sagen, das hätte schon vor fünf Jahren gemacht werden können, ist einfach zu billig und dann nicht zu wissen,

wer die Zuständigkeit hat. Was mir in dem Zusammenhang noch wichtig ist, die Implacement-Stiftung ist auch ein Instrument, dem Pflegemangel oder Engpass entgegenzuwirken und deshalb ist mir der Entwicklungsplan auch so wichtig, weil man da natürlich Zahlen, Fakten und Daten braucht. Und in Zeiten, wo Kürzungen angedacht sind und verhandelt werden ist es umso notwendiger auf diese Zahlen und Fakten verweisen zu können, um eben auch das AMS dahingehend zu unterstützen, dass die Implacement-Stiftung nicht reduziert wird, sondern ausgebaut wird, weil hier kann man berufsbegleitend die KollegInnen weiterqualifizieren und weiterbilden. Ich danke aber für die breite Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Schwerpunktaktion Mehrweg

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Im letzten Gemeinderat haben wir eine Petition beschlossen, dass der Bund Maßnahmen treffen möge beziehungsweise der Minister Maßnahmen aufgreift, um den Abfallbergen entgegenzuwirken, insbesondere im Flaschenbereich beziehungsweise im Einwegbereich. Es ist ganz gut zu petitionieren, wir haben herinnen schon sehr oft darüber gesprochen, was bringt es, was bringt es nicht. Aber es ist noch immer wichtig, dass wir in unserem eigenen Bereich Maßnahmen aufgreifen und nicht sagen, bitte macht dort eine Regelung, damit etwas passiert, sondern wir haben durchaus Kompetenz, die wir hier vor Ort nutzen können. Wir wollen das Umweltbewusstsein diesbezüglich, ich möchte mit diesem Antrag das Umweltbewusstsein vorantreiben und möchte gerne, dass die Stadt Graz, wenn Sie

mitstimmen, die Stadt Graz hier initiativ wird in Form einer Informationskampagne für Mehrwegverpackungen im Bereich Handel, insbesondere damit Konsumentinnen und Konsumenten wieder Wahlfreiheit haben beim Einkauf, nicht nur hinsichtlich des Inhaltes aber auch hinsichtlich der Verpackung. Nochmals zur Klarstellung: Ich glaube, es ist mittlerweile österreichweit außer Streit gestellt, dass Mehrweg ökologischer ist und wir dürfen eines nicht vergessen, dass Mehrweggebinde auch zur regionalen Wertschöpfung und zur Stärkung der regionalen Arbeitsplätze beitragen. Demzufolge möchte ich gerne die beiden Stadträtinnen, die Wirtschaftsstadträtin Sonja Grabner und die Vizebürgermeisterin Lisa Rücker in ihren beiden Kompetenzen auffordern, aktiv zu werden dahingehend, dass zum ersten Informationsgespräche mit dem Handel geführt werden, um auf diesen einzuwirken Mehrweggebinde zu forcieren und verstärkt anzubieten. Zweitens, die Möglichkeit zu prüfen, gemeinsam mit dem Handel für entsprechende bewusstseinsbildende Initiativen zu entwickeln und durch Schwerpunktaktionen, gemeinsam mit dem Handel beispielsweise durch eine Aktionswoche Mehrweg oder durch Auszeichnung von jenen Unternehmen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), die vermehrt auf Mehrweg setzen, Mehrweggebinde zu forcieren, so lautet der Antragstext (*Applaus SPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir können der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil alles, was Sie fordern schon längst im Laufen ist. Zum Beispiel: Das Projekt Ökoprofit wird schon seit Jahren vom Umweltamt der Stadt Graz betreut zum Beispiel, der Handel wird durch das City-Management betreut, zum Beispiel gibt es die Öko-World-Styria als Netzwerkorganisation mit Beteiligung der Stadt, die in all ihren Beteiligungen, in ihren Tätigkeiten für ihre Unternehmenspartner zur Verfügung steht. Und das betrifft sogar noch einen viel weiteren Umfang als nur den Handel, es geht natürlich über die gesamte Wirtschaft. Als Unternehmer selbst kann ich Ihnen versichern, dass ich in meinem Betrieb alles unternehme...

Zwischenruf GRin. Mag.a Bauer: Das ist die falsche Veranstaltung, Sie wurden schlecht...

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: ..dass die Verpackung entsprechend entsorgt wird. Also bitte verstehen Sie, dass wir da nicht zustimmen können (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Mag.^a Bauer! Durchaus eine sehr gute Geschichte, für uns ist nur wichtig eines festzuhalten, dass wir nämlich Wert darauf legen, dass keinerlei Mehrkosten, weder für Konsumentinnen und Konsumenten noch für Klein- und Mittelbetriebe sowie für den Handel im Allgemeinen entstehen, das wäre mir besonders wichtig, dass Sie hier darauf vielleicht noch einmal Wert legen. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Dann melde ich mich selbst zu Wort. Als angesprochene Referentin, ich möchte noch einmal auf die Taschen hinweisen, die wir heute hier Ihnen präsentieren, die auch ein Beitrag sind zum Thema Mehrweg-Einkaufstaschen, statt den Plastiksack. Ist ja insgesamt in Europa momentan in Diskussion. Aber ich möchte jetzt eingehen auf die Dringlichkeit und auf den Antrag. Wir Grüne werden der Dringlichkeit deswegen zustimmen, weil es natürlich immer dringliches Thema ist im Bereich der Abfallvermeidung und vor allem der Belastungsvermeidung, die durch die falschen Rohstoffe im Umlauf entsteht, von vorneherein und präventiv entgegenzuwirken. Trotzdem möchte ich kurz beschreiben, was auch im eigenen Wirkungsbereich der Stadt und im Bereich des Umweltamtes jetzt schon passiert. Es

ist ja nicht so, dass wir nur Petitionen an den Bund stellen, sondern sehr wohl auch selbst Aktivitäten setzen. So ist es so, dass genau eine Aktion, wie zum Beispiel die Informationsstände vor diversen Supermärkten schon einmal stattgefunden hat, das heißt, es gibt damit auch Erfahrungen, die können wir gerne wieder einbauen in ein neuerliches Herantreten an den Handel. Dann ist das Thema Mehrweg und Aufklärung für KonsumentInnen im Punkte der Vorteile von Mehrwegverpackungen immer Thema bei den ganzen Projekten, die in den Schulen laufen, bei den Vorträgen und Workshops, die im Bereich der Wohnhaussiedlungen stattfinden, wo auch insbesondere mehrsprachig gearbeitet wird, mit MigrantInnen, „gescheit feiern“ ist eine Maßnahme, die ja schon länger mit dem Land gemeinsam umgesetzt wird, wo in den Veranstaltungsrichtlinien auch die verpflichtende Verwendung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen vorgegeben ist. Das mit dem Handel hat zwei Seiten, es ist natürlich notwendig, auf der freiwilligen Ebene auch an den Handel heranzutreten und gemeinsam Aktionen umzusetzen. Nicht immer wissen wir, ob unter dem Strich dann wirklich eine Reduktion der Mehrwegquote das Ergebnis ist, weil ja auch die Frage des Ertrages für den Handel eine wichtige Dimension hat. Deswegen stehen wir dazu, dass neben freiwilligen Maßnahmen auch parallel verpflichtende Maßnahmen wie eben die Erhöhung, die eben die Mehrwegquote erhöhen, weiterhin auch vorsehen beziehungsweise anstreben, wie eben das Ökobonus-Modell, das letztes Mal hier als Petition eingebracht wurde. In dem Sinn stimmen wir der Dringlichkeit zu und gerne greife ich die Anregung im Bereich des Umweltamtes auf.

GRin. Mag.^a **Bauer:** Ich muss doch auf den Kollegen Linhart kurz replizieren. Das Ökoprotit ist ein Projekt, das weißt du, glaube ich auch sehr gut, dass es innerbetrieblich angesiedelt ist aber nicht auf den Handel wirkt und nicht auf den Konsum. Das City-Management, ja wissen wir, haben wir auch da herinnen oft diskutiert bewirbt die Innenstadt, aber geht nicht auf ökologische Aspekte rund um

das Einkaufen ein. Eco-World-Styria haben wir auch herinnen diskutiert (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und die Stadt Graz hat sich da beteiligt, um Industrie- und Betriebsansiedlungen im Umweltbereich voranzutreiben. Alles gut, aber hat mit der Sache nichts zu tun, das muss ich schon klarstellen. Ein Wort noch zum Handel und ich glaube, hier ist die Schnittstelle schon eine sehr wichtige, weil dort kommt es auf das Angebot an. Wenn kein Angebot im Mehrwegbereich vorhanden ist, haben Konsumentinnen und Konsumenten keine Wahlfreiheit mehr und hier muss der Handel auch aktiv werden und tätig werden. Einen Aspekt, und den sollten wir betrachten, der Handel ist eine Schnittstelle, dahinter stehen die Produzenten, es ist allen, glaube ich, bewusst, oder es wird bewusst werden, wenn man ein bisschen darüber nachdenkt, woher kommen die Produkte. Wenn es Einwegprodukte sind, ausschließlich, also in Einwegverpackungen abgefüllt Produkte, dann steigt der Wettbewerb und die Schärfe diesbezüglich und die regionale Wertschöpfung geht verloren. Und auf das dürfen wir auch hier insbesondere in Graz, und wir haben im Umfeld regionale Abfüller, wir haben hier regionale Standorte und wir haben hier regionale Arbeitsplätze in keinem Fall vergessen. Zur Art der Regelung, es ist uns immer lieber gewesen und wäre lieber gewesen eine rechtliche Regelung, eine Bundesregelung auf Verordnungsweg zu haben, leider ist die bislang nicht durchzusetzen gewesen. Der Umweltminister Berlakovich hat sich bis heute geweigert, den verfassungsrechtlichen Auftrag, den er erhalten hat, umzusetzen. OK, wenn das nicht geht, dann muss man auch nach freiwilligen oder anderen Möglichkeiten suchen, die beste Regelung und Lösung wäre dort zu finden, das wäre eine Gleichbehandlung, wenn gleiche Vorgaben für alle aber die Second Best aus der ökonomischen Perspektive ist einmal ein Zugang, um Lösungen voranzutreiben. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Gesundheitsgefährdung durch Feinstaub – Landesrat Kurzmann muss zur Verantwortung gezogen werden.

GR. **Baumann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Baumann**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe Schüler und Schülerinnen! Bei diesem Antrag mit dem Titel Gesundheitsgefährdung durch Feinstaub, Landesrat Kurzmann muss zur Verantwortung gezogen werden, geht es um ein sehr brisantes und zum heutigen Tag auch leider sehr trauriges Kapitel. Mit dem heutigen Tag verzeichnete Graz bereits 33 Überschreitungstage bei den Feinstaubgrenzwerten im heurigen Jahr und damit schon Mitte Februar um acht Überschreitungstage mehr als die laut Immissionsschutzgesetz-Luft erlaubten 25 Überschreitungstage des Tagesmittelwertes pro Jahr.

Die europaweit geltenden Grenzwerte für Feinstaub haben einen guten Grund: Feinstaub verursacht schwere Gesundheitsschäden. PM 10, Feinstaubpartikel mit einem aerodynamischen Durchmesser von weniger als 10 Mikrometer, verursacht Atemwegsbeschwerden, wie Halsweh, Husten oder Asthmaanfälle. Die feineren PM1 und PM 2,5-Partikel dringen bis in die Lungenbläschen vor, werden auf diesem Weg ins Blut aufgenommen und können sogar die Blut-Hirnschranke überwinden. Der Ultrafeinstaub ist verbunden mit Herz-Kreislaufbeschwerden, Herzrhythmusstörungen und Herzinfarkten.

In Österreich starben laut einer Studie der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit der WHO mehr als 4.600 Menschen pro Jahr durch verkehrsbedingte Luftschadstoffe.

Hauptverursacher ist der Feinstaub. Die durchschnittliche Lebenserwartung der in Österreich lebenden Menschen verkürzt sich durch die Luftverschmutzung um vier bis sechs Monate. Bei gleichbleibender Feinstaubbelastung über mehrere Jahre verringert sich die durchschnittliche Lebenserwartung in Graz um zirka 17 Monate. Quelle: UPA, Studie aus dem Jahr 2006.

Risikogruppen sind insbesondere Kinder und ältere Menschen. Renommierte Ärzte, wie der Leiter der Abteilung für Lungenheilkunde der Grazer Kinderklinik, der ja vor kurzem gerade im Fernsehen auch seinen Beitrag gebracht hat, der Dr. Maximilian Zach, wiesen mehrfach auf die gesundheitlichen Folgen der Feinstaubbelastung für Kinder hin. So verzeichnet die Kinderklinik in den feinstaubbelasteten Monaten eine signifikante Erhöhung von akuten Kehlkopfentzündungen und Entzündungen der Bronchien bei Kindern. Auch Viruserkrankungen, so Dr. Zach, werden durch Feinstaub verschlimmert.

Die Stadt Graz hat durch zahlreiche Maßnahmen, sowohl im Infrastrukturbereich, als auch bei der Schaffung von Anreizen zum Umsteigen bereits einen großen Beitrag zur Bekämpfung des Feinstaubes und zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung geleistet. Beispielhaft seien hier folgende Maßnahmen aus den letzten 2 Jahren angeführt: Ausbau der Fernwärmeinfrastruktur und Erhöhung der Fernwärmeanschlussförderung, Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen für einen Fernwärmeanschlussauftrag, Verdoppelung der Solarförderungen, Förderung von Flottenumstellungen auf emissionsarme Mobilität und Radroutenausbau. Frischluftticket, Mobilitätscheck für Studierende, Bim for two, Dreitagesticket sowie Linienverdichtungen bei Bus und Straßenbahn, Ausweitung der Abendtakte, Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung usw.

Für weiterführende Maßnahmen, insbesondere im Bereich der gefährlichen Emissionen durch den KFZ - Verkehr bietet das Immissionsschutzgesetz-Luft den nötigen Rahmen, die entsprechende Verordnung muss jedoch durch die Landesregierung erfolgen.

Während europaweit, zum Beispiel in Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim usw., Städte gegen die Luftbelastung aktiv werden und Maßnahmen zur Reduktion der Luftvergiftung durch den KFZ – Verkehr treffen verharren die Verantwortlichen des Landes Steiermark - allen voran der amtierende Verkehrs- und Umweltlandesrat Kurzmann - trotz mehrfacher Verwarnungen durch die EU und einer akuten gesundheitlichen Gefährdung der Grazer Bevölkerung in Tatenlosigkeit und Realitätsverweigerung.

Zur Untermauerung der Haltung der Stadt Graz und zur Unterstreichung der Dringlichkeit eines effizienten Handelns zum Schutze der Gesundheit unserer Bevölkerung stelle ich daher folgenden *(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke)*

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu Maßnahmen, die eine wirkungsvolle Reduktion der Feinstaubbelastung im Stadtgebiet nach sich ziehen.
2. Aufgrund der Tatsache, dass in Ballungsräumen der KFZ – Verkehr an der Feinstaubbelastung einen unbestrittenen Anteil um die 50% trägt, sieht der Gemeinderat der Stadt Graz neben Maßnahmen wie Heizungsumstellungen die dringende Notwendigkeit, Maßnahmen im Bereich des KFZ – Verkehrs zu ergreifen.
3. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Landesrat Kurzmann, seine Maßnahmen für den Großraum Graz im Sinne des Punktes 2 in der kommenden Sitzung des Gemeindeumweltausschusses zu präsentieren. Ebenso soll Landesrat Kurzmann in dieser Sitzung über die Pläne des Landes

Steiermark hinsichtlich der Bereitstellung ausreichender Mittel für die Fortsetzung des Fernwärmeausbaus in Graz berichten.

4. Die rechtskundigen Stellen der Stadt Graz (Präsidialamt) mögen überprüfen, welche verwaltungs-, straf- oder EU-rechtlichen Möglichkeiten der Stadt Graz zur Verfügung stehen, um die Verordnung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung durch den zuständigen Landesrat Kurzmann zu erwirken (*Applaus Grüne*).

GR. **Sikora** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller! Jeder Antrag zur Bekämpfung der Feinstaubproblematik ist als wertvoll anzusehen, gibt es das Problem schon nicht erst heute, sondern schon seit Jahrzehnten in Graz und jede Maßnahme dagegen, und in Zukunft wird man sich auch überlegen müssen, ob es nicht radikalere Maßnahmen geben muss aufgrund der enormen Belastung. Jede Maßnahme dagegen ist als begrüßenswert einzustufen. Wir werden höchstwahrscheinlich ab nächsten Jahr wieder da stehen, wieder mit einem Dringlichkeitsantrag, wieder zur gleichen Thematik, aber so ist es. Es gibt da sicher nur die einzige Möglichkeit eines politischen Umdenkens, eines gemeinsamen Umdenkens radikalere Schritte einfach zu setzen. Bezüglich des Frischlufttickets würde ich vielleicht auch anregen, dies nicht auf 5.000 Privilegierte zu beschränken, sondern allgemein zugänglich zu machen (*Applaus KPÖ*), haben doch, glaube ich, mehr als die Hälfte Interesse gezeigt, auch das Frischluftticket zu erwerben und haben dann aber keine Möglichkeit, weil es leider nur eine Beschränkung darauf gegeben hat. Der Gemeinderatsklub der KPÖ begrüßt auf alle Fälle den Antrag, stimmt sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag zu (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir unterstützen den Antrag in seiner Dringlichkeit selbstverständlich und verlangen aber dann auch eine getrennte Abstimmung über die verschiedensten Punkte, weil wir einfach mit der Begründung, aber auch mit der Fokussierung auf den Pkw-Verkehr weder einverstanden sind noch ist das sachlich richtig und das wissen Sie ganz genau. Wenn Sie für die Feinstaubbelastung in Graz oder Wien, ähnlich, großstädtischer Bereich am Ring Verhältnisse beispielsweise zu 50 % den Pkw-Verkehr hernehmen, dann stimmt das schlichtweg nicht. Weil Sie wissen, dass sowohl von Studien des Umweltbundesamtes bis hin zu Studien, die im Übrigen auch ganz Verdächtige in Auftrag gegeben haben, wie Autofahrerklubs, sich die Ursachenhäufigkeit Feinstaub Pkw auf nicht mehr als 15 % begrenzen lässt. Wie Sie wissen, haben wir gerade in Österreich ein Riesenproblem mit dem Feinstaub-Ferntransport unter dem wir auch in Österreich leiden...

Zwischenruf GR. Hagenauer: Die Ausländer sind schuld.

GR. **Grosz:** Sie können, Kollege Hagenauer, Sie können Ihre unqualifizierten Zwischenbemerkungen auch noch so intellektuell gestalten, Sie sind trotzdem dumm, das kann ich Ihnen leider nicht abnehmen. Na selbstverständlich...

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Das möchte ich bitte sehr noch einmal bestätigt bekommen, dass Sie jetzt zum Herrn Gemeinderat gesagt haben, er ist dumm.

GR. **Grosz:** Nein, ich wiederhole, Sie können ihre Zwischenrufe noch so intellektuell verpacken, das ändert nichts, dass Ihre Zwischenrufe dumm sind. Vielleicht kann man das Protokoll kurzfristig für die Vorsitzführung ihr schriftlich über meine Äußerung ausfertigen, dann können Sie mir in 20 Minuten einen Ordnungsruf erteilen, falls das so gefallen ist, ansonsten weiß ich noch, was ich sage und im Gegensatz zur Vorsitzführung kenne ich auch die Geschäftsordnung, Frau Vorsitzende, erstens, zweitens, aber wir haben jetzt über die Geschäftsordnung diskutiert, da ist sehr viel Zeit verloren gegangen. Na selbstverständlich ist es der Feinstaubferntransport, 50 über hunderte Kilometer hinweg von Industrieabgasen, na selbstverständlich ist es die Industrie hier im Großraum Graz, na selbstverständlich ist es der Hausbrand unter dem wir leiden und den nichtvorhandenen Maßnahmen im Bereich der thermischen Sanierung, im Bereich der Umstellung von Einzel-Heizungsanlagen, die reine Fokussierung auf den Verkehr ist, und da zitierte ich auch deutsche Experten, ein reiner Nepp, eine reine weitere Einnahmequelle, die Sie sich hier schaffen wollen, indem Sie Umweltzonen einrichten und hier dafür auch noch Geld kassieren. Wir stimmen daher dem Unterpunkt Ihres dringlichen Antrages in Punkt 1 zu, wir stimmen im Punkt 3 zu unter der Voraussetzung, dass der Satz im Sinne des Punktes zwei gestrichen wird, weil damit präjudizieren ja alle Vorarbeiten des Umweltlandesrates und wir stimmen Ihnen im Punkt 4 zu und das war es dann eh schon und selbstverständlich der Dringlichkeit, aber ansonsten ist das halt nicht mehr als politische Agitation, da uns gerade die hohe Opferzahl von Feinstaubopfern einfach tragisch genug ist, als dass wir uns da mit ihren Leiberln und sonstigen Aktionismus beschäftigen können.

Bgm.-Stvin. Rucker: Herr Gemeinderat darf ich nachfragen. Im Punkt 3 entweder der Punkt 3, so wie er dasteht oder nicht, weil wir können ihn ja nicht individuell umformulieren, je nachdem wer wie zustimmt. Sie müssen sich entscheiden.

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich bringe daher einen Abänderungsantrag ein. Der Gemeinderat der Stadt Graz, mündlich, ist auch möglich laut Geschäftsordnung, ersucht Landesrat Kurzmanm seine Maßnahmen für den Großraum Graz in der kommenden Sitzung des Gemeindeumweltausschusses zu präsentieren. Ebenso soll Landesrat Kurzmanm in dieser Sitzung über die Pläne des Landes Steiermark hinsichtlich der Bereitstellung ausreichender Mittel für die Fortsetzung des Fernwärmebaus in Graz berichten. Damit ist eine Abstimmung möglich, weil der Antrag somit abgeändert ist.

StR. **Herper:** Frau Vorsitzende! Ich bedanke mich beim Heinz Baumann. Ich habe schon Christian Sikora in der Fragestunde bekundet, wie wichtig und notwendig die Feinstaubbekämpfung ist, dass wir gemeinsam vorgehen müssen Stadt und Land und in der Stadt selber gemeinsam Vorsorge treffen müssen. Wir stimmen der Dringlichkeit als SPÖ-Fraktion und ich als Gesundheitsstadtrat im Speziellen selbstverständlich zu und auch dem Inhalt bei der Abstimmung der einzelnen Punkte. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr:** Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, lieber Kollege Baumann! Was die Grünen in dieser Sache sagen, das macht uns jetzt wirklich keine Angst, sie wollen große Politik machen, ihre Hausaufgaben in der Stadt Graz erledigen sie nur mangelhaft. Ich erinnere an die Maßnahmen der Frau Rücker, die sie nämlich nicht setzt. Es finden keine verstärkte Straßenreinigungen statt, es gibt keine grüne Welle für den Verkehr, damit wird mehr Feinstaub verursacht, auch die Fernwärmeanschlüsse, das Land fördert ja jetzt die Fernwärmeanschlüsse, hier wird nur ein ganz kleiner Teil von der Stadt Graz abgerufen. Jetzt versuchen sie von der eigenen Unzulänglichkeit abzulenken und bedienen ihr Klientel. Einmal setzen sie auf

die Bettlermafia, das ist ja nicht sehr gut geglückt, jetzt ist es wieder die Feinstaubneurose. Im Land spielen sie keine Rolle, also tragen sie diese Diskussion jetzt in die Stadt Graz. Diese Nervosität ist auch verständlich, weil sie gewinnen nicht nur die Wahlen nicht, sie wachsen auch nicht, so wie sie sich es wünschen. Als letzten Hoffnungsanker bringen sie heute unter dem letzten Punkt die EU ins Spiel, die einen gewählten Landesrat unter Druck bringen soll. Auch hier stehen sie auf der falschen Seite und werden der Bevölkerung hier kaum Sympathien abgewinnen. Der Herr Landesrat Dr. Kurzmann wird seine Maßnahmen sicher rechtzeitig zur Reduktion des Feinstaubes setzen und ich darf aktuell gleich ein paar Dinge aus dem Land berichten. Die Studie zur Lebenszeitverkürzung ist nicht mehr aktuell, die ist Altpapier, das sagen alle Experten. Die Auspuffemissionen, das hat der Kollege Grosz schon gesagt, sind nicht der Hauptverursacher für den Feinstaub, auch die Überschreitung dieser 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Grenze ist eindeutig rückläufig. Ich habe Ihnen da eine Grafik mitgebracht, hier sieht man, wir haben die 70 Mikrogramm gehabt, jetzt liegen wir bei 55, ist also auch deutlich rückläufig. Ebenso die Feinstaubüberschreitungstage. Alles was getan wird ist auch abhängig vom Wetter, das wird Ihnen jeder Landesbeamte auch bestätigen. Die geographische Lage für diese EU-Grenze ist ebenso unberücksichtigt geblieben, keine Schuld der Freiheitlichen, da hat Schwarz/Rot bei der EU schlecht verhandelt und hier versäumt unsere Topographie in Graz einfließen zu lassen. Ein Punkt des Herrn Baumann sei auch noch bearbeitet, er wünscht sich ein Gespräch mit dem Herrn Landesrat Kurzmann, das können wir auch über den kurzen Weg machen. Ich werde gerne einen Termin vermitteln, hierzu brauchen wir keinen Antrag. Ich komme auch schon zum Schluss. Abschließend möchte ich, wenn es darum geht die Grünen zu charakterisieren, Anleihe beim langjährigen ÖGB-Präsidenten Anton Benya nehmen, der hat anlässlich des erstmaligen Einzugs der Grünen ins Parlament damals gesagt: „Wenn ich am Wochenende auf meinen Spaziergang in die Praterauen an den Wiener Caféhäusern vorbeikomme, da sitzen dort regelmäßig die Mandatäre der grünen Ökopartei und rauchen wie die Schornsteine.“ Nur ein kleines Beispiel, vielleicht

inhaltlich nicht ganz zutreffend, aber es trifft den Kern der Sache damals wie heute (*Applaus FPÖ*).

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, die Wortmeldung von unserem Kollegen Gerald Grosz hat mir dann doch Respekt abgerungen, muss ich ehrlich sagen, also zumindest hast du die Problematik im vollen Umfang sozusagen klar auf den Punkt gebracht. Ich muss trotzdem allerdings in einem Punkt dir widersprechen, da warst du nicht ganz genau, hast dich vielleicht auch noch nicht wieder in die Grazer Thematik soweit eingearbeitet. Du hast gesagt der Kfz-Verkehr ist nur für 15 % bis 15 % des Feinstaubproblems zuständig, da hast du im Prinzip recht, aber du vergisst einen großen weiteren Teil der genauso vom Kfz-Verkehr verursacht wird, die 15 % oder bis 15 % sind die Abgasemissionen, aber wir haben bis zu 50 % Feinstaubproblematik, die durch die Aufwirbelung kommt und insofern sind natürlich der Verkehr genauso wie auch der Hausbrand die zwei großen Verursacher des Feinstaubproblems in Graz. Auch wir sehen natürlich ganz klar den Schwerpunkt auf beiden Teilen und das kommt ja auch im Antrag vom Kollegen Heinz Baumann entsprechend zur Geltung. Die Maßnahmen müssen entsprechend auch ausgewogen sein und es müssen auch Maßnahmen sein, die sowohl im Bereich der Heizungsumstellungen aber natürlich genauso im Bereich des Verkehrs auch wirksam sind, also keine Alibimaßnahmen etc. Ich möchte dann beim inhaltlichen Teil noch darauf eingehen, dass bei einem Punkt die ÖVP im Antrag auch nicht mitgehen wird, die Dringlichkeit natürlich zuerkennen wird, beim vierten Punkt bitten wir dann von unserer Seite um getrennte Abstimmung. Aber zunächst einmal noch zu den Kolleginnen und Kollegen der FPÖ und zum Kollegen Lohr. Das Verkehrsressort war ja in der letzten Landtagsperiode in sehr bewährten Händen der Frau Landesrätin Edlinger-Ploder, die sich sehr bemüht hat, zwei wesentliche Schwerpunkte im Radverkehr und bei der S-Bahn setzen konnte, auch der Umweltlandesrat Wegscheider hat sich zumindest in seinem Bereich entsprechend bemüht. Dann kam

es zu den Wahlen und zur neuen Ressortverteilung und da gab es die Aussage von manchen unter uns, die Ressortverteilung hinsichtlich Kurzmann, da ist eine kleine Bösartigkeit dabei, weil dieses Ressort ist wirklich ein Monsterressort eines der wichtigsten Ressorts des Landes Verkehr, Raumordnung, Umwelt und da gab es die Behauptung, die beiden Reformpartner schwarz und rot hätten ihm vielleicht das zugeteilt, um ihn ausrutschen zu lassen. Sie wären davon ausgegangen, er kann das vielleicht nicht bewältigen, er kriegt diese Ressorts und wird scheitern. Ich persönlich habe das nie geglaubt, also ich war wirklich immer überzeugt, es geht darum, dem Kollegen Kurzmann die faire Chance zu geben, dass er sich, er war vorher vielleicht ein bisschen blasser Politiker, ihm die faire Chance zu geben, sich zu präsentieren und ganz wesentliche Maßnahmen in seinen Ressorts zu setzen. Und was haben wir jetzt in den letzten drei Monaten erfahren. Eine Absage nach der anderen, statt dass er kreativ wird, statt dass er die Zügel in die Hand nimmt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und sich bemüht, es gab eigentlich nichts von ihm zu hören, außer ich kann das nicht tun, ich kann das nicht tun, ich kann das nicht tun, die Budgetverhandlungen für ihn sehr bequem, er kann sich zurücklehnen und wir hören nichts. Mittlerweile hören wir vom Kollegen Lohr die Aussage des Landesrates wäre sogar, das Wetter ist schuld und wir müssten in Graz...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das sagen die Experten.

GR. **Mayr:** ...den Feinstaub anders messen als in anderen Städten, also das kann es wirklich nicht sein. Eigentlich wäre der Landesrat rücktrittsreif insofern ist der dringliche Antrag dringlicher denn je (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich empfehle allen, die gerne im Internet sind in den letzten Tagen die Wandlung der Homepage des Herrn Landesrates zum Thema Feinstaub zu beobachten. Das ist wirklich beobachtenswert, übrigens vor zwei Tagen ist dort noch gestanden 50 % Feinstaubbelastung kommen vom Verkehr, ist noch vor zwei Tagen, also er ist ja doch ein paar Monate schon im Amt, seit gestern steht es nicht mehr drauf, seit gestern ist der einzige Feinstaubverursacher in Graz die Reinigung der Straße, das ändert sich täglich, also man muss das wirklich beobachten, ich empfehle das, das ist ein Seismograph und sagt etwas aus über politische Entscheidungsfindungen. Deswegen bin ich auch besonders neugierig...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Herr Lohr, ich bin jetzt einfach am Wort und wenn Sie sich zu Wort melden wollen, steht Ihnen das zu. Was mich natürlich schon neugierig stimmt ist, ob der Herr Landesrat der Einladung folgen wird, es gibt nämlich inzwischen unzählige Einladungen an den Herrn Landesrat Kurzmann zum Thema Feinstaub Stellung zu beziehen. Er sagt alle ab, also bin ich neugierig, ob er den hohen Ausschuss der Stadt Graz beehren wird mit seiner Gegenwart und auch mit seinen Konzepten an denen er ja anscheinend schon lange arbeitet. Ich höre von lange im Land beschäftigten Personen, dass es wirklich fatal ist, und das sind nicht Leute aus seiner Abteilung, weil die werden sich momentan hüten, etwas zu sagen, aber aus der Umgebung, was da schon an Arbeit drinnen gesteckt ist an Feinstaubmaßnahmenvorbereitung und was jetzt alles einfach mit einem Wisch abgesagt wird, wie Studien oder Ergebnisse, die schon da waren, ist eigentlich noch nie dagewesen. Das ist, was man aus dem Land derzeit hört, insofern lassen wir uns durchaus überraschen, wie der Herr Landesrat die wesentliche Aufgabe, die er hat,

nämlich für die Gesundheit der Bevölkerung endlich die Maßnahmen zu setzen, bewältigen wird und vor allem, was er dann auch im Juni der EU berichten wird, nachdem er sich da ja noch nicht offensichtlich sehr gut orientieren konnte, was da seine Aufgabe ist. In dem Sinne bitte ich den Antragsteller zum Schlusswort (*Applaus Grüne*).

GR. **Baumann**: Ich würde diesen Vorschlag vom Kollegen Lohr aufgreifen, liebe Lisa und wenn es dir nicht gelungen ist und dem Herrn Bürgermeister nicht gelungen ist, Termine beim Herrn Kurzmann zu bekommen und ihn zu Stellungnahmen zur Feinstaubsituation zu bewegen, dann nützen wir doch unseren werten, geschätzten Kollegen Lohr, dass er einen Termin in Kooperation mit Peter Hagenauer und dem Umweltausschuss machen kann. Danke für dieses Angebot, der Peter Hagenauer wird sich dann in der Pause oder am Ende der Gemeinderatssitzung mit Ihnen zu einer Terminfindung zurückziehen. Diese Weigerung, den Kfz-Verkehr als Hauptverursacher zu sehen ist schon chronisch und wenn das nicht so traurig wäre, dass diese Feinstaubbelastung nämlich chronische Erkrankungen mit sich bringt, würden wir da dieses Prozentenspiel noch weitermachen, wir können es aber nicht, liebe Kollegen und Kolleginnen. Auch diese Verweigerung von Tatsachen, dass es heuer 33 mit heute 34 Überschreitungstage gegeben hat, wir haben heute den 17. Februar, es hat einige wenige Tage gegeben, wo bis jetzt noch die Feinstaubmarke nicht überschritten worden ist. Ja, Peter Mayr, wir sind auch für ausgewogene Maßnahmen, aber wir sollten sie ausgewogen durchziehen, wir sollten auch das mit dem Land gemeinsam durchziehen, Maßnahmen für die Feinstaubbekämpfung im Bereich der Fernwärmeanschlusspflicht, im Bereich der Kfz-Ausstoß-Verringerung der Schadstoffe aber auch in der Einschränkung des Kfz-Verkehrs zu finden. Lieber Christian Sikora, wie du weißt, gibt es von unserer Seil aus weit radikalere Maßnahmen, wie den Herrn Kurzmann in den Umweltausschuss einzuladen. Wir werden diese radikaleren oder notwendigeren radikaleren Maßnahmen immer

wieder einbringen, immer wieder verlangen, damit da diese Feinstaubproblematik in Graz beziehungsweise im Großraum Graz, es betrifft ja nicht nur die Stadt, verbessert wird. Ich danke allen für die Zustimmung oder allen für die Zustimmung der Dringlichkeit, dass sie das anerkennen und den meisten auch danke ich auch für die Zustimmung in diesen vier Punkten, der ÖVP danke ich für die Zustimmung in drei Punkten. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Punkte 1, 2 und 3 des Antrages wurden mit Mehrheit angenommen.

Der Abänderungsantrag von GR. Grosz wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Punkt 4 des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

5) Einführung eines Verbotes der Bettelei an öffentlichen Orten durch den Landesgesetzgeber

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder:** Werter Herr Bürgermeister, Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Mein Antrag bezieht sich auf ein Thema, das schon einige Male hier in diesem Haus sehr engagiert diskutiert wurde. Ein Thema das hohe menschenrechtliche Relevanz, aber auch demokratiepolitische Wichtigkeit aufweist und ein höchst sensibles Thema ist. Es geht um das sogenannte Bettelverbot. Am Dienstag hat uns die Reformkuschelregierung auf der Ebene des Landes gezeigt, wie rasch sie eigentlich eine Novelle zur Veränderung des Landessicherheitsgesetzes durchpeitschen kann, wenn sie will. In einem Interview hat der Landeshauptmann Voves vor gar nicht allzu langer Zeit gemeint, also die rot/schwarze Reformregierung funktioniert deswegen so gut, weil sie menschliche Größe zeigt, Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein zeigt. Alle drei Attribute vermisse ich in der Frage dessen, was am Dienstag und die zwei Wochen davor, ungefähr zwei Wochen davor, sich abgespielt hat. ÖVP und SPÖ auf Landesebene, die ÖVP trommelte seit Jahren das Thema hoch immer in Richtung Bettelverbot, nie wirklich Gesprächsbereit, nie wirklich bereit mit Expertinnen- und Expertenmeinungen sich auseinanderzusetzen, wenngleich sie gemeint hat, es hätte ja seit zwei Jahren den Arbeitskreis gegeben und dieser Arbeitskreis hätte sich so wahnsinnig oft getroffen. Viermal protokollarisch festgelegt, viermal hat sich dieser Arbeitskreis getroffen und hat nicht wirklich inhaltlich diskutiert, schon gar nicht über die menschenrechtliche und Verfassungsrelevanz eines Bettelverbotes. Weiters meint natürlich die ÖVP auch, dass Betteln keine Arbeit ist, na ja Arbeit in einer Fabrik oder in einem Betrieb oder in einer Bank ist es nicht, aber es ist Arbeit und da möchte ich schon die ÖVP einmal auch bei ihrem Leistungsbegriff ein bisschen zwicken. Wenn das keine Arbeit ist, was ist es denn dann, was Meischberges und Co an Millionen eingesteckt bekommen haben und wo dann ein Meischberger anrufen muss und sagen muss, du he, sagt er zum Grasser, für was habe ich dieses Geld gekriegt, da stehe ich ein bisschen nackert da. Das ist Arbeit für euch, Leistungsbegriff. Ich habe leider den Eindruck, dass die ÖVP auch mit diesem Bettelverbot ziemlich arg im rechten Rand fischen will und um die FPÖ so ein bisschen, zumindest in diesem Thema zu überholen die SPÖ. Die SPÖ hat sich in einem Maß verbogen, dass man gar nimmer weiß, wofür ist die Partei.

Grundwerte wie soziale Gerechtigkeit, Humanität oder Solidarität sind überhaupt nicht mehr zu finden, die sind dermaßen verborgen bei euch mittlerweile, dass ein Großteil eurer Wählerinnen und Wähler ohnehin schon fragt, wofür steht denn die Partei, die ich da gewählt habe oder wählen möchte. Der Herr Müller, euer kommender Chef, politischer Chef sagt, na ja in der Kommunalpolitik gibt es für ihn sowieso keine Debatte zwischen links und rechts, da geht es ja um die Sache, na da wird er sich aber schön anschauen, wenn er einmal bei uns herinnen ist und merkt, na es geht doch auch um links und rechts (*Applaus Grüne*). Warum dieses Bettelverbot bei uns oder von uns auch so vehement und da wissen wir uns in guter Gesellschaft. Zu vielen anderen Menschen, zu dem anderen Antlitz von Graz, das sich am Samstag auch ganz besonders stark gezeigt hat im Protest von 800 Menschen. Warum lehnen wir das so scharf ab. Dieses Bettelverbot widerspricht ganz bestimmten Grund- und Menschenrechten, die in Österreich Verfassungsrang haben. Sei es das Recht auf Achtung des Privatlebens auf die Gestaltung der persönlichen Lebensführung, das Recht auf Erwerbsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Nichts anderes wurde gefordert von vielen Expertinnen und Experten, namhaften Expertinnen und Experten, von den christlichen Kirchen, von der Zivilgesellschaft, dass diese Landesregierung dieses Gesetz am Dienstag nicht durchpeitscht, nicht beschließt sondern abwartet, weil es diesbezüglich beim Verfassungsgerichtshof anhängige Beschwerden gibt, die noch nicht behandelt wurden. Nein, diese menschliche Größe hat diese Reformregierung, von der Voves gesprochen hat, das ist ein Attribut ihrer Reformregierung, diese menschliche Größe und diese politische Größe hat diese Regierung nicht gezeigt. Besonders zynisch und dann komme ich schon zum Schluss möchte ich ein Zitat von Kröpfl in der Zeitung noch vorlesen, wo es gegangen ist um die Arbeitswilligkeit von Roma und es geht hier hauptsächlich um Roma und es geht ja hauptsächlich um eine Volksgruppe, die jahrhundertlang verfolgt wurde bis hin zum Nationalsozialismus, wo sie einer Vernichtungsmaschinerie unterworfen wurden. Es geht hier genau um diese Volksgruppe, die wir in unserer schmucken Stadt nicht haben wollen und was sagt der Herr Kröpfl: „Wir werden versuchen, etwa Slowaken in den Arbeitsprozess zu

integrieren. Aber bei vielen habe ich den Eindruck, dass sie lieber betteln als arbeiten gehen“. Also äußerst bedenklich und ich fordere euch auf, Grazer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, hier auch eure scharfen Auseinandersetzungen mit euren Vertreterinnen und Vertretern auf Landesebene zu führen. Es geht hier nicht darum, Arme zu vertreiben, sondern es geht darum, die Armut zu bekämpfen und überlegt einmal, was muss alles vorher schon passiert sein bei diesen Menschen, die da bettelnd auf der Straße sitzen, damit sie diesen Schritt gemacht haben. Glaubt irgendjemand in diesem Haus, dass diese Menschen das gerne tun, wahrscheinlich wird das eh niemand. Ich komme jetzt zum eigentlichen Antrag.

Mein

dringlicher Antrag

lautet daher: Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Auf Grundlage der massiven Bedenken bezüglich einer Verfassungskonformität der Novelle des Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes, mit dem das Betteln an öffentlichen Orten verboten wird, fordert der Gemeinderat im Petitionswege die Bundesregierung auf, die genannte Novelle aufgrund von Verfassungswidrigkeit zu beeinspruchen sowie den Steiermärkischen Landtag auf, die genannte Novelle rückgängig zu machen.
2. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird beauftragt, umgehend einen Arbeitskreis einzurichten, der unter Einbeziehung der mit dem Thema befassten Institutionen Projekte entwickelt und initiiert, die die Lebensbedingungen von Roma vor Ort verbessern. In die Planungen sollen dabei insbesondere die Finanzierungsmöglichkeiten solcher Projekte durch EU-Fördermittel, zum Beispiel durch den Europäischen Sozialfond, einbezogen werden.

Danke (*Applaus Grüne*).

StR. **Herper** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Hier stehe ich, ich kann nicht anders, war ein großes Wort bei dem...es ist nicht zum Lachen, weil es ist ernst genug und man soll da nicht lachen, wenn man um Menschen und vor allem um arme Menschen ringt und ich habe mir auch den Horst Eberhard Richter noch einmal nachgelesen, den ich in den 80er-Jahren sehr viel gelesen habe, den Psychoanalytiker mit seinem Buch „Standhalten und nicht flüchten“. Es bedarf nicht einer Aufforderung, Sigi Binder, mit einem ernsthaften Anliegen, dass wir vielleicht hier im Haus uns die Debatte geben zwischen der Sozialdemokratie im Land und der Sozialdemokratie in Graz, das ist nicht die Aufgabe hier in dem Haus, wir führen die Debatte intern, wir führen sie in einer gemeinsamen Partei, wir führen sie in einer gemeinsamen Richtung. Es ist bekannt, und ich sage das auch im Namen der Sozialstadträtin in ihrer Zuordnung als Sozialstadträtin Martina Schröck und ich sage das auch im Namen von Kolleginnen und Kollegen, nicht allen, weil wir wissen, dass es unterschiedliche Zugänge gibt, auch in unserer Partei, unterschiedliche Einsichten, unterschiedliche Ängste, unterschiedliche Zugänge und unterschiedliche Ansichten. Das akzeptiere ich genauso wie ich hier Ansichten anderer und anderer Personen akzeptiere, ist auch meine Entscheidung zu akzeptieren. Im Namen von Martina Schröck und der KollegInnen waren wir immer der Ansicht, und ich vertrat sie auch 15 Jahre lang durch unterschiedliche Vorsitzende geprägt, von meinem Mentor Alfred Stingl bis herauf zu heute gegen das totale Bettelverbot zu stehen. Ich habe das auch hier offensiv vertreten, ich habe das hier auch politisch vertreten, ich habe das auch in meinem Wertekanon so verstanden in meiner Verantwortungsethik, weil ich dies als Widerspruch zu den Zielen der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte immer gesehen habe, als jemand der vor zehn Jahren den Begriff Menschenrechtsstadt mitgeprägt hat mit vielen anderen Kolleginnen und Kollegen und seit zehn Jahren im Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz sitze und auch diese Vertretung mir immer Freude und Zuversicht gegeben hat, dass wir da auf weiten guten Weg sind. Ich habe mich auch zu Wort gemeldet öffentlich und auch in einem internen Klärungsprozess mit meinen Freundinnen und Freunden im Land inklusive Landeshauptmann Voves,

dass wir abwarten sollten die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes über die Verfahren in Wien und Salzburg abzuwarten und nicht voreilige Beschlüsse zu fassen. Ich habe diese Argumente im Landtagsklub vorgebracht, wir gemeinsam, ich bin nicht durchgekommen, ich bin in der Minderzahl, in der Minderheit geblieben. Ich habe als Demokrat zu akzeptieren, dass es eine Entscheidung gegeben hat, dass diese Entscheidung vor zwei Tagen im Landtag gefallen ist. Als Demokrat habe ich das anzuerkennen und stehe aber nach wie vor dazu, dass meiner Ansicht nach und auch der Ansicht meiner Kollegin Martina Schröck und auch KollegInnen hier in unserem Klub, die bisherige Regelung bis zum Dienstag ausreichend gewesen ist, nämlich das Verbot des begleitenden, aggressiven und aufdringlichen Bettelns sowie des Bettelns mit Kindern beziehungsweise in Begleitung von Kindern war aus unserer Sicht ausreichend. Aber als Demokrat habe ich Entscheidungen anzuerkennen und werde auch Aktivitäten, unterstützen die darauf hinauslaufen, dass von Verfassungsjuristen als nicht nur Wert der Beeinspruchung, sondern auch entsprechend auch inhaltlich nicht wahrscheinlich durchführbare oder gesetzeskonforme Novellierung des Landesgesetzes zu unterstützen, es ist eine Beeinspruchung in Erwartung, ich stehe da in Übereinstimmung mit Christian Brünner, mit Helmut Konrad, mit Wolfgang Benedek und vielen anderen. Ich bin auch in Unterstützung aller konkreten Maßnahmen und Programme von Stadt und Land, für konkrete Pilotprojekte, also nicht Wischiwaschi, es geht um Gemeindepatenschaften, es geht um Familienpatenschaften, es geht um Bildungs- und Schulpatenschaften, weil wir ganz genau wissen, wie wichtig Schule, Bildung und Weiterbildung entscheidend ist für die Kinder und Jugendlichen, die hier betteln und die hier im Familienverband leben oder vor Ort sind. Es geht um Pilotprojekte des Arbeitsmarktzuganges, es geht um Hilfestellung für Produktionsstätten vor Ort der Hilfe zur Selbsthilfe und es geht um eine EU-Initiative Österreichs über den Regionalkommissar Dr. Hahn, Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, die Menschenrechtsstandards in ihren Mitgliedsstaaten einzuhalten, vor allem in der Slowakei, in Ungarn aber auch in Rumänien und in Bulgarien. Was ich aber nicht haben will und das ist die Kehrseite der Medaille, dass ich hier, ich will mich also nicht verbiegen und die Martina Schröck und alle

Kolleginnen und Kollegen verbiegen sich auch nicht und ich habe schon gesagt, es gibt viele Zugänge in unserer Partei die Befürworter sind, weil sie Interessenslagen zu vertreten haben, weil sie in Betrieben tätig sind, weil sie auch Sorge haben, was ab 1. Mai passieren wird, wenn der Arbeitsmarkt für viele zugänglich ist aus Mittel/Osteuropa und von dieser Sorge geprägt sind und auch verschiedene Ängste, die nicht auszuräumen sind, weil sie irrational sind. Ich verstehe das, manche sind belastbarer, manche sind belästigbarer als manche andere und das ist die Vielfalt der Sozialdemokratie, diese unterschiedlichen Zugänge zu akzeptieren und in unterschiedlichen Einsichten und die unterschiedlichen Stellungnahmen zu akzeptieren pro und kontra. Was ich aber nicht haben will und auch persönlich nicht haben will ist, dass ich hier instrumentalisiert werde, dass ich hier benutzt werde als Person oder wir als Personen oder als Fraktion benutzt werden, um eine unterschiedliche Vorgehensweise im Land und in der Stadt zu dokumentieren in aller Öffentlichkeit. Da bin ich nicht bereit, weil ich habe deine Pressemeldung gelesen, wir sollten die Hosen runterlassen, du hast es so nicht gemeint, aber die Sozialdemokratie soll sich gegen die Sozialdemokratie des Landes wenden, jetzt sind wir sehr gespannt wie sie reagieren. Ich bin genauso gespannt gewesen, wie du reagierst auf deinen Koalitionspartner beziehungsweise den Klubobmann des Koalitionspartners im Land oder wie du auf Reaktionen reagierst, die Gerhard Kurzmann gegeben hat in seiner Debatte, wo er von weiteren Konsequenzen und Schritten geredet hat mit auffälligem Zungenschlag, da höre ich nichts davon. Ich will mir also nicht auf Kosten von armen Menschen, von Menschen über deren wir uns gemeinsam Sorgen zu machen haben, wie wir ihnen eine Zukunft, eine Perspektive geben durch parteipolitische Aktivitäten ins Spiel bringen, in ein Gegeneinander von Partei zu Partei. Ich bin in einer Sozialdemokratie, ich bekenne mich dazu, wir haben intensiv beraten, auch in der Grazer Partei in der Zwischenzeit und ich bin mit meinem, unseren designierten Parteivorsitzenden Edmund Müller in Übereinstimmung, dass wir einen Alternativantrag stellen, den wir heute gerne einbringen möchten, nämlich insofern, als wir angesichts der Tatsache, dass das Gesetz, die Novellierung beeinsprucht wird, und wahrscheinlich am 1. Mai seine

Gültigkeit erfahren wird, wollen wir einen Abänderungsantrag einbringen, der darauf hinausläuft, dass in der Zwischenzeit der Bürgermeister aufgefordert wird, bis das in wenigen Wochen Rechtskraft erlangt, dass ein Konzept auszuarbeiten ist gemäß der Gesetzesvorlage die am Dienstag im Landtag beschlossen wurde, Zonen auszuweisen in denen künftig das Betteln in Graz erlaubt sein soll. Das entsprechende Konzept ist dann im Mai dem Gemeinderat vorzulegen. Was heißt das in Konkreto: Es geht um eine Ausnahmeregelung für die Landeshauptstadt Graz, es geht darum, zumindest Sektoral das Betteln erlauben zu können, das billigt das Gesetz zu und wir werden diesen Vorstoß entsprechend einbringen und auch dafür drängen, dass es dazu kommt, wir werden der Dringlichkeit heute zustimmen, weil wir das Thema für dringlich halten, das Reden, das Handeln, aber ich lasse uns, ich lasse mich nicht instrumentalisieren anhand der konkreten Situation, dass wir auf ein Gegeneinander von SPÖ im Land und SPÖ Graz zusteuern. In dem Sinne werde ich den Abänderungsantrag dann im Laufe der Debatte dann stellen. Ich bedanke mich für euer Verständnis, es ist eine Form der ganz, ganz schwierigen Situation für mich. Ich bitte um Verständnis, aber ich stehe zu meiner Meinung, wir stehen zu unserer Meinung, wir lassen uns nicht verbiegen, aber wir werden auf jeden Fall neue offensive Initiativen setzen auch in Zukunft und dies auch in Abstimmung mit dem Land und ich bitte um Verständnis. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wertetes Publikum auf den Zuschauerrängen! Ich glaube, dieser dringliche Antrag der Grünen Fraktion kann nur als ein Akt der Verzweiflung angesehen werden, nachdem ja der Landtag vorgestern mit einer Mehrheit von 89 % aller Abgeordneten das Bettelverbot sprich die Novelle zum Landessicherheitsgesetz beschlossen hat. Und auch, wenn Sie das nicht einsehen wollen, der Protest gegen diese Maßnahme ist eine Minderheitenfeststellung. Die Mehrheit, zwar schweigend momentan spricht sich ganz klar für ein Bettelverbot in dieser Stadt und in diesem Land aus (*Applaus*

FPÖ) und das ist auch nicht zuletzt jahrelangen Initiativen der FPÖ zu verdanken. Und was meine ich mit Minderheitenfeststellung, ja da gibt es 100 oder über 100 Vereine und Organisationen, die man sich einmal genauer anschauen sollte. Weil diese Organisationen alle mit Geldern der öffentlichen Hand subventioniert sind und da man einmal schauen sollte, ob es hier nicht auch eine Themenverfehlung und eine Zweckentfremdung gibt, weil so kann es auch wirklich nicht sein. Aber, wie gesagt, das und dabei bleibe ich, ist eine Minderheitenfeststellung dieser Protest. Und auch Sie, sehr geehrte Damen und Herren der Grünen Fraktion, haben es zu akzeptieren, das ist Demokratie, dass dieses Gesetz nun in Kraft treten wird, auch wenn das Sie und einige Berufsdemonstranten, die Sie ja auch am Dienstag mitgeschleppt haben in den Landtag, die ja dann es auch dazu bringen haben lassen, dass die Sitzung unterbrochen hat werden müssen und tumultartige Szenen die Folge waren, auch Sie und Ihre Berufsdemonstranten haben das zu akzeptieren. Und jetzt im Petitionswege die Bundesregierung mit der Verfassungskonformität beschäftigen zu wollen, das ist nicht nur eine durchsichtige Provokation, sondern schlichtweg lächerlich. Viel gesagt ist über dieses Thema, es gab eine sehr untergriffige Debatte auch im Landtag zu diesem Thema, eines ist klar, Sie treten weiterhin für Menschenhandel und Ausbeutung ein, Sie unterstützen profitorientierte kriminelle Organisationen, die am Rücken hilfloser Menschen ein Vermögen machen, Sie ermöglichen weiter den Handel mit Behinderten die gezwungen sind, bei jeder Witterung auf der Straße auszuharren, Sie sprechen sich weiter für psychische und physische Gewalt an Bettlern aus, die bis zur absichtlichen Verstümmelung geht, um den Mitleidsfaktor und damit die Einkünfte zu erhöhen (*Applaus FPÖ*). Und das ist die Wahrheit, da nutzt auch Ihre vorgeschobene Argumentationslinie von wegen Recht auf Achtung des Privatlebens, auf freie Gestaltung der Lebensführung und das Recht auf Erwerbsfreiheit nichts, denn diese Grund- und Menschenrechte geraten in Anbetracht der tatsächlichen Situation der Bettler in den Hintergrund und da können auch nicht irgendwelche Seminararbeiten von Zeitgeschichtestudenten irgendwas an dieser Tatsache ändern. Das Bettelverbot, so wie es jetzt beschlossen worden ist, ist aus unserer Sicht, aus Sicht der Freiheitlichen Partei ein erster Schritt in die richtige

Richtung, es ist ja nur ein Bettelverbot light, aber auch die Begleitmaßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber hier sollte man auch weitergehen und die betroffenen EU-Staaten einmal auch an ihre verdammte Pflicht erinnern, sich um ihre Leute zu kümmern, weil immerhin ist Österreich, wie Sie ja wissen, ein Nettozahler. Wir zahlen 300 Millionen Euro im Jahr mehr in die EU ein, als wir auch tatsächlich herausbekommen und das Geld fließt vor allem in den Osten und dort sind diese Länder auch tatsächlich einmal verpflichtet, hier auch was für ihre eigene Bevölkerung zu tun. Es bleibt zu hoffen, dass das Hintertürl, das heute anscheinend vom Herrn Kollegen Herper wieder versucht wird aufzumachen, nämlich eine Bettlererlaubnis im Verordnungswege durch die Kommunen festzulegen in Graz fest verschlossen bleibt und abschließend will ich noch dazu sagen, es betrifft die Grünen, dass wenn sie konsequent wären und wir ihre populistische Aktion, die sie heute auch hier wieder abliefern in irgendeiner Weise ernst nehmen sollten, dann müssten Sie in Wirklichkeit mit der ÖVP, die ja federführend im Land das Bettelverbot light, wie es jetzt auch demnächst in Kraft tritt, vorangetrieben hat, da müssen Sie mit dieser ÖVP in der Stadt auch die Koalition aufkündigen, das wäre konsequent, das wäre glaubwürdig, alles andere ist aus unserer Sicht unglaubwürdig (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Herper! Hut ab vor deiner Rede, Hut ab auch vor diesem sachlichen Diskussionsbeitrag und Hut ab auch vor deiner Haltung. Konsequenterweise müsstest du aber dann dem grünen Antrag zustimmen, konsequenterweise wenn die Worte, die du hier gesagt hast, tatsächlich ehrlich gemeint sind und nicht ein einsamer Hilferuf um die Verbeugung in eurer politischen Linie zu kaschieren. Es kann ja nicht sein, dass man hier hehre und im zarten Ton vorgetragene Worte findet, wo man staatstragend und du wirst es mir verzeihen, aber weinerlich die Menschenrechte beschwört aber dann auf der anderen Seite sagt, na aber mitmachen tun wir dabei nicht. Weil dann entwertest du deine Worte selbst und das hast du leider getan und

das ist dir und deiner Fraktion auch hinter die Ohren zu schreiben, weil man kann nicht vertreten durch Landtagsabgeordnete, die hier im Wahlkreis Graz gewählt worden sind im Landtag zustimmen, dem Klubzwang sich zu unterwerfen euer Faststadtrat Schwarz, ihr habt ja mehrere Faststadträte schon neben Büro Müller oder wie er immer heißt, ihr habt ja schon eine ganze Latte, im Landtag dafür stimmen und hier dann, auch wenn es sehr seriös vorgetragen wurde, dagegen wirbeln, das funktioniert nicht. Aber, es ist ein seriöser Beitrag und ich glaube, dass auch der Gemeinderat sich um einiges auch in dieser Diskussion heute von dem im Landtag unterscheiden soll. Ich war selbst im Landtag im Zuschauerraum, wie Sie wissen, bin ich nicht hineingekommen und habe zwei Dinge dort erlebt, die mich irrsinnig gestört haben. Erstens, der Gemeinderat Baumann als Vertreter des Gemeinderates der Stadt Graz dort Polizisten und Mandatare zu beschimpfen, Sie sind eine Schande, das ist auf Kleine-Zeitungs-TV, Sie sind eine Schande, Herr Abgeordneter, gemeint Hamedl, ich war von Ihnen zehn Meter Luftlinie entfernt mit einem hochroten Kopf, wieder in vollster Erregung, Sie sind eine Schande, das geht nicht, dass ein Gemeinderat der Stadt Graz unter Störung der Hausordnung eine andere gesetzgebende Körperschaft blockiert. Und das Zweite was mich sehr gestört hat, ist die Aussage Ihres Lambert Schönleitner. Ich fechte mit dem Bürgermeister Nagl viele persönliche Gefechte aus seit fünf Jahren, fünf dringliche Anträge des BZÖ hier, 150 andere Initiativen, Presseaussendungen, ich war immer für das Bettelverbot und auch bei meiner nichtdespektierlichen Vorgangsweise, aber den Bürgermeister der Stadt Graz als Geschirrtandler aus der Herrengasse zu bezeichnen, wegen dem man das Gesetz macht, das geht zu weit. Und das haben Ihre Mandatare auch aufgrund auch aufgrund Ihres Zurufes gemacht, dann sollten Sie konsequenterweise aus der Koalition mit dem von Ihnen zitierten auch austreten. So konsequent sollten Sie dann auch sein. Weil das sind zwei Dinge, die mich sehr gestört haben, ich kann mit dem Bürgermeister Nagl unterschiedlicher Meinung sein, es kann ihn politisch mancher härter hernehmen aber das gehört sich nicht. Und, Herr Bürgermeister, ich bin jetzt auch am Ende meiner Redezeit, aber es haben jetzt alle überzogen bei dieser Geschichte, bitte das jetzt auch tun zu dürfen. Frau Kollegin Binder, natürlich freue

ich mich über das Bettelverbot auf Landesebene, fünf Anträge, 150 Presseausendungen, 12.000 Grazerinnen und Grazer die unterschrieben haben auf Unterschriften, die wir dem Bürgermeister übergeben haben 2006, aber ich freue mich deswegen, weil ich Mitglied des parlamentarischen Menschenrechtsausschusses bin, weil das Bettelverbot für uns und für viele die letzte Möglichkeit war, die Menschenrechte herzustellen. Sie haben oft das von mir gehört und immer wieder in Zweifel gezogen den UNICEF-Bericht vom 17. Oktober 2007. Ich zitiere ihn heute: Das Fehlen von wissenschaftlichen Grunddaten zu handelnden Kindern, die in Österreich identifiziert und betreut wurden beziehungsweise werden hat zur Folge, dass man über das Ausmaß, über Formen des Kinderhandels in Österreich leider nur spekulieren kann. Dokumentierte Zahlen gibt es lediglich in Wien und diese sind erschreckend. Seit 2004 hat es allein in Wien über 1.300 Aufgriffe gegeben, Kinder, die meist aus osteuropäischen Ländern wie Bulgarien und Rumänien zum Stehlen, Betteln oder sogar zur Prostitution nach Österreich gehandelt werden und diese Zahlen stellen nur die Spitze des Eisberges dar, denn Kinderhandel findet zumeist im Verborgenen statt. Quelle Kinderhilfswerk UNICEF, Sie können es auf der UN-Seite noch immer downloaden in deutscher Sprache, in englischer Sprache. Die Wiener Polizei hat bereits 2006, am 22.8. 2006 davon gesprochen, dass die Polizei auch davon ausgeht, dass die Bettler leider teils aus persönlicher Not aber teils auch unter Zwang tätig sind. Selbst der Leiter der Sicherheits- und Kriminalpolizeilichen Abteilung in Graz Dr. Gerhard Lecker wird am 1.3.2007 zitiert, wir gehen davon aus, dass in Graz im kleineren Raum ähnliche Strukturen wie in Wien aufgebaut sein könnten. Ermittlungen laufen, beobachten konnten wir Familienverbände bis zu acht Personen, die betteln, dazu kommen die von Pfarrer Pucher unterstützten Bettler aus der Slowakei. Also er grenzt auch diesen Bereich aus und meint die kriminalisierte, organisierte Bettelei, die auch ich verurteile. Zwei Innenminister dieser Republik, Innenminister Platter hat in parlamentarischen Anfragen die organisierte und die kriminelle Bettelei bestätigt. Jüngst vor einem Jahr Innenministerin Fekter, in Wien hat das zwischen 2007 und 2008, weil Wien im Gegensatz zu Graz eine Sonderkommission hat, 515

Personenüberprüfungen, 62 Anzeigen, 12 Festnahmen und 39 Strafverfügungen gegeben und zu aller Letzt brauche ich nicht den Oberst des Bundeskriminalamtes Gerald Tatzka noch zitieren, der am 10.2.2011 auch aufhorchen ließ, denn Bettelei ist eine dramatische Form des Menschenhandels und der Ausbeutung und er begrüßte ein Bettelverbot als einen Schritt kriminellen Gruppierungen den Nährboden zu entziehen. Ich habe die letzten zwei Tage auch oft nachgedacht, ob das Bettelverbot der sinnvolle Weg ist, Sie wissen, ich habe es fünf Jahre lang, wie eine tibetanische Gebetsmühle, wie bitte...

Zwischenruf GRin. Binder: Sind Sie Antragsteller?

GR. **Grosz:** Nein, aber Ihre Redezeit war überzogen, die vom Kollegen Herper auch, also seien Sie bitte nicht so kleinlich. Sie können mir durchaus zuhören, vorher hat es zehn Minuten gedauert, bin gleich fertig. Aber ich sage nur eines, ich habe die letzten Tage einmal mehr überlegt, weil ich die letzten fünf Jahre es wie eine tibetanische Gebetsmühle eingefordert habe und ich bin einmal mehr zum Schluss gekommen, dass es selbstverständlich möglich gewesen wäre, dass man mit den normalen Gesetzen, Landessicherheitsgesetz, mit dem Bundesgesetzen über die Aufrechterhaltung der Sicherheit gegen die organisierte Kriminalität, gegen den Kinderhandel sein Auslangen gefunden hätte. Man hat es aber leider Gottes nicht in Graz und nachdem wir es nicht gemacht haben verbietet man diese Bettelei, das bedingt aber auch, dass wir die verdammte Pflicht haben, sämtliche Formen der Armut zu begegnen, indem wir helfen. Es gibt ein gutes Wort, seine Exzellenz der Diözesanbischof, der als Christ gegen das Bettelverbot ist, muss auch die Antwort geben, was er gegen Armut tut, vollkommen richtig. Meine Antwort darauf war, dass

ich 724 Euro jährlich Kirchenbeitrag in Zukunft einer exzellenten Einrichtung widme und zwar...

GR. Mag. Korschelt: Dem BZÖ.

GR. **Grosz:** Das ist nicht witzig, Pater Sporschill, der sich gegen das Ceausescu-Regime gewehrt hat und den Kinderhandel in Rumänien unterbunden hat, ist nicht witzig, lieber Kollege, halt dich ein bisschen zurück, weißt auch nicht mehr, wann du lachen sollst. Pater Sporschill sein Concordia Hilfsprojekt, wo man Kinder von der Straße holt ihnen Sprache gibt, ihnen Ausbildung gibt und versucht, sie in den Arbeitsprozess zu integrieren und auch meine Unterscheidung zwischen Scheinheiligkeit wie in Graz, mancher Mitglieder der katholischen Kirche und tatsächlich Heiligkeit unserer Zeit, nämlich Menschen, die sich um andere Menschen verdient gemacht haben. Daher bekommt jetzt mit Dauerauftrag meinen Kirchenbeitrag das Concordia Hilfsprojekt von Pater Sporschill und das ist nur ein kleiner Bereich. Es gibt mehrere Organisationen und in dem Bereich stimme ich Ihrem Antrag voll und ganz zu und unterstütze ihn auch wenn die Dringlichkeit durchkommt, das ist der zweite Punkt, dass die Stadt Graz, der Bürgermeister in dem Fall aufgefordert wird, befasste Institutionen Projekte zu entwickeln, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern, also wenn die Dringlichkeit durchgeht, dann sind wir selbstverständlich da dafür, weil das ist wichtig. Wer a) sagt, muss nämlich auch b) sagen und der muss auch die Antwort darauf geben und in dem Sinne möchte ich auch die heutige Diskussion noch in Zukunft verstanden wissen (*Applaus BZÖ*).

GR. **Baumann:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, dass Gerald Grosz des Öfteren die Unwahrheit sagt. Heute hat er die Unwahrheit gesagt...

Zwischenruf GR. Schröck: Das stimmt nicht, ich war auch dabei.

GR. **Baumann:** Ich schäme mich habe ich zum Landtagsabgeordneten Hamedl gesagt und dazu stehe ich auch. Ein Mitarbeiter der Vinzenzpfarre, nämlich Edi Hamedl, stimmt für dieses Verbot, ich schäme mich für ihn, ich schäme mich fremd. Im Übrigen schäme ich mich auch für die meisten Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in diesem Land.

Zwischenruf GR. Eichberger: Für uns musst du dich nicht schämen.

GR. **Rajakovics:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde versuchen, es auch möglichst sachlich zu machen, weil das fehlt der Diskussion, es fehlt auf beiden Seiten, aber ich glaube vor allem bei denen, die so vehement um jeden Preis das Betteln retten wollen. Faktum ist und jetzt haben eure Abgeordneten, nämlich die der Grünen das im Landtag schon gesagt, immer wieder heißt es, das Betteln ist die Arbeit für diese Menschen. Wenn das so wäre, dann frage ich mich, dann müssten auch stehen und jedes Mal schauen, dass man am Bahnhofgürtel jenen, die Schwarzarbeiten gehen auch aus diesen Ländern, auch arm, weil sie auch kein Geld haben, wenn die erwischt werden irgendwo auf einer Baustelle, kriegen eine Strafe,

werden eingesperrt, kriegen eine Aufenthaltsverbot, also wenn das Arbeit ist, dann ist einmal ganz klar, dass es verboten sein muss. Wenn es so ist, dann gehört es sowieso verboten. Faktum ist auch, dass wir ganz sicher der Meinung sind, dass es nicht zur Arbeit werden soll, das Betteln. Wenn wir in diesem Europa, es gibt andere Kontinente, wo Betteln als Arbeit angesehen wird, wo es auch Regeln dafür gibt, wenn wir das wollen, dann müssen wir das deutlich sagen, wir wollen das nicht und wir glauben auch, dass es nicht notwendig sein darf. Wir zahlen und das ist auch schon erwähnt worden als Österreich in diese Europäische Union als Nettozahler ein, das sind die Steuerzahler, jeder von uns zahlt daher mit ein, also wir können erwarten, dass innerhalb der Europäischen Union, wenigstens innerhalb der Europäischen Union, Sozialstandards eingefordert werden, bevor Förderungen ausgegeben werden und dass viele Förderungen in diese Richtung, sogar auch in Richtung Roma Projekte ausgegeben werden weiß ich auch, weil viele, die jetzt da ständig schreien, wir brauchen Projekte, erstens einmal haben wir Projekte, wir haben Grazer Projekte, die dort sind, wir haben Projekte selbst als ÖVP gemacht, wir haben es auch unterstützt, wir haben auch als Stadt Graz ein Projekt eingereicht, natürlich eingereicht, wir haben vor zwei Jahren probiert gemeinsam mit der Vinzenz-Gemeinschaft, mit dem Welthaus, mit der Caritas ein Projekt durchzubringen bei der Europäischen Union, was uns leider nicht gelungen ist, weil auch aus diesem Topf sehr viele Projekte gefördert werden. Was man daraus nicht ableiten kann ist, dass wir jetzt aus Grazer Mitteln das machen müssen, weil das würde ich einmal nachlesen, wie das bei uns ausschaut für die Projekte auswärts, also außerhalb Österreichs ist eindeutig das Land oder der Bund zuständig. Das heißt, wir bemühen uns, dass wir Projekte forcieren, wir haben natürlich auch die Experten gehabt, wir haben auch selbstverständlich das entsprechend übersetzen lassen alles, ich durfte sogar in Vertretung des Bürgermeisters zur Kommission fliegen, um noch einmal zu versuchen, dass wir dieses Projekt durchbekommen, wir haben eine ehemalige Diplomatin, die Frau Dr. Winkler sogar eingespannt, die der Helmut Strobl kennt, die bei Barroso im Büro war, wir haben sehr viel getan, um zu schauen, dass dieses Projekt finanziert wird, es ist es nicht geworden, es sind viele andere Projekte die

laufen, also es laufen Projekte auch vor Ort, daher glauben wir, dass es nicht notwendig ist und das muss ich jetzt noch einmal betonen, dass wir uns in Graz ganz stark fürs Betteln einsetzen, wir können uns in Graz ganz stark für das einsetzen, was der Wolfgang Pucher 1996/97 und da war ich noch bei der Caritas und das weiß ich sehr genau, wollte mit dem Vinzi-Nest. Wir können uns dafür einsetzen, dass wir Leute von der Straße holen und ihnen Arbeit geben, 50 Betten ursprünglich gedacht über ein Pfarrprojekt Arbeit zu geben. Was damals allerdings nicht möglich war, weil wie wir wissen das auf der einen Seite nicht ganz einfach war mit dem Fahren auf der anderen Seite dagegen auch das Gesetz gesprochen hat, dass Personen aus der Slowakei natürlich nicht arbeiten durften und keine Bewilligung bekamen. Das ist parallel mit dem jetzt in Kraft tretenden Bettelverbot anders, ab 1. Mai dürfen alle Personen, vor allem jene Personen, die auch von Wolfgang Pucher betreut werden, arbeiten. Da ist die Hoffnung auf der einen Seite, dass wir da das eine oder andere zustande bringen, ich hoffe aber auch, dass in den 14 Jahren seit es Betreuung gibt, tatsächlich auch Menschen vorbereitet darauf wurden, gerade Menschen, die man dann kennt und die man jede Woche oder alle paar Wochen in Graz trifft, dass sie tatsächlich auf diesen Zugang in die Arbeit dann tatsächlich tun können. Das heißt, wir machen sehr viel und wir haben auch schon immer sehr viel gemacht, weil wir uns sicher nicht vorwerfen lassen, dass wir unchristlich sind oder dass wir gegen Menschenrechte gar verstoßen wollen, dieses Ableiten, das Recht auf Selbsterniedrigung automatisch aus dem Paragraph 8 der Europäischen Menschenrechtskommission abzusehen ist, das habe ich von keinem noch wirklich genau erklärt bekommen. Faktum ist, dass wir dafür sind, dass Menschen bei uns, egal ob sie aus der Slowakei kommen, ob sie aus der Ukraine kommen, ob sie aus Nigeria kommen, menschenwürdig behandelt werden. Die Stadt Graz die einzige Stadt, die Asylwerbern zum Beispiel auch Arbeit angeboten hat. Wir schauen, dass jeder Mensch ein Dach über den Kopf bekommt, wir schauen, dass jeder ein warmes Essen kriegt, wir fördern eine Marienambulanz einzigartig in Österreich, wird uns abgeschaut von etlichen Städten auch in Deutschland, wo jeder Mensch auch eine medizinische Betreuung bekommt. Wer nach Graz kommt braucht nicht betteln, ganz

wurst woher er kommt (*Applaus ÖVP*). Und zuletzt möchte ich noch eines hinzufügen und das möchte ich auch sagen, es gibt die Gruppe der Roma, von denen man relativ genau weiß, wie ihr sozialer Hintergrund ist, das sind die Leute, die der Wolfgang Pucher betreut im Vinzi-Nest, es gibt auch die andere Gruppe, die ich vor zwei Wochen auch besucht habe. In der Mariengasse 45 wohnen rund 40 Personen, darunter, zumindest zu dem Zeitpunkt wo ich dort war, neun Kinder, davon fünf im schulpflichtigen Alter. Die warten dort, betreut von einem 17-Jährigen, bis die Eltern vom Betteln wieder heimkommen, statt in die Schule zu gehen. Wer das übersieht, dass natürlich in diesem ganzen Zug, der da unterwegs ist natürlich auch die nächste Generation schon wieder unter die Räder kommt, der verkennt die Situation, so auf diese Art und Weise ist auch für die nächste Generation bereits wieder vorprogrammiert, was aus ihrem Leben werden wird. Und wenn es nicht möglich ist durch eine sehr komplexe, komplizierte Gesetzgebung das zu verhindern, da muss ich es eben mit einem Gesetz machen, das sehr einfach ist. Parallel dazu haben wir, und zwar wirklich seit Jahren uns darum bemüht, dass dieses Thema der Roma auf europäischer Ebene entsprechend gehört wurde, ich kann mich gut erinnern, das Ferrero-Waldner von unserem Bürgermeister extra eingeladen wurde, extra einen Brief in die Hand bekommen hat, dieses Thema auch in Europa entsprechend zu forcieren, wobei sie uns damals auch versichert hat, dass da sehr viel passiert, muss man sich dann auch anschauen, es ist nicht so, dass gar nichts passiert in der EU. Wir haben Briefe geschrieben an die Botschafter der Länder, um eine Stellungnahme gebeten, wie schaut es aus mit der Sozialhilfe, ist es tatsächlich so, dass Menschen keine Sozialhilfe bekommen, also wir bemühen uns dort, wo wir als Stadt Graz wirklich können auch darauf aufmerksam zu machen. Was wir nicht wollen ist, dass wir uns ausschließlich dafür einsetzen, dass Menschen betteln dürfen und das ist das, was so zu verteidigen ist, dabei nicht sagen, was machen wir mit Kindern die dann nebenbei auf der Strecke bleiben, nicht sagen was ist mit Leuten, die eigentlich arbeiten gehen könnten, das sind die Dinge für die wir uns in Zukunft auch parallel zu dem Bettelgesetz einsetzen sollen und für die wir uns auch einsetzen werden. Da könnt ihr uns beim Wort nehmen, weil wir machen das immer schon. Daher lassen

wir uns von niemandem vorwerfen, weil es ein Bettelgesetz gibt, dass wir unchristlich wären oder gar gegen die Menschenrechte verstoßen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Dienstag hat eine Mehrheit im Landtag einem allgemeinen Bettelverbot die Zustimmung erteilt. Das ist eine Mehrheit, die sich entschieden hat, Ausgrenzung, Strafen und Verbote als Strategie für ihr politisches Handeln zu wählen. Wider besseren Wissens reagieren sie damit auf die Zurufe derer, die sich von bettelnden Menschen gestört, provoziert und hinterfragt fühlen und ignorieren damit einerseits die Aussagen der Polizei, die bereits festgestellt hat, dass die BettlerInnen keinen kriminell organisierten Gruppen angehören und schon gar keine öffentliche Sicherheitsbedrohung darstellen und andererseits all jene Menschen, die auf diese menschenverachtende Vorgangsweise bereits im Vorfeld aufmerksam gemacht haben. Denn sie hat nicht zum Ziel die gesellschaftlichen Ursachen von Armut zu beseitigen, sondern sie führt vielmehr dazu, dass die von Armut betroffenen Menschen selbst bekämpft werden. Aber auch aus menschenrechtlicher Sicht ist es strikt abzulehnen, dass Menschen, die bereits jetzt sozial ausgegrenzt sind, in noch ausweglosere Situationen gedrängt werden. Für die politisch Verantwortlichen der Stadt sehe ich die Aufgabe darin, diesem geplanten Bettelverbot des Landes eine Absage zu erteilen und Lösungsstrategien zu entwickeln, die sich tatsächlich darauf beziehen, die Armut umfassend zu verstehen, nämlich einerseits als materielle Armut und andererseits als Prozess der Ausgrenzung vieler Menschen aus den politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Es entspricht den Vorstellungen der KPÖ, dass Graz als Menschenrechtsstadt dem Ruf gerecht werden muss, sich von einem generellen Bettelverbot zu distanzieren, denn wir verstehen unter einer Beitrag zur sozialen Sicherheit etwas grundlegend anderes und als KPÖ unterstützen wir natürlich die Dringlichkeit und den Inhalt des hier vorliegenden Antrages und es wäre wünschenswert, wenn auch der Koalitionspartner ihn unterstützen könnte, denn eine

Mehrheit im Gemeinderat gegen ein allgemeines Bettelverbot wäre ein wirkungsvolleres Signal ans Land. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder**: Werter Gemeinderat! Auf alle Ansagen werde ich nicht reagieren, habe ich auch gar keine Zeit dazu. Ein paar werde ich aber herausnehmen, Karl-Heinz, ich weiß, dass du einer der Engagierten bist, ich kenne dich, du bist mit mir gemeinsam Mitglied im Menschenrechtsbeirat, du bist mit mir gemeinsam im Arbeitskreis, der gebildet wurde im Menschenrechtsbeirat zur Frage der Bettelei. Ich habe dennoch meine politische Aussage zur SPÖ auf Landesebene gemacht, das habe ich gemacht, dazu stehe ich, das muss ich auch tun, das kommt aus meiner politischen Gesinnung heraus, dass du dir da schwer tust, verstehe ich, aber wenn du sagst, ich muss Meinungen, Ängste, Zugänge akzeptieren, ich sage, ich muss sie respektieren, ich muss sie nicht unbedingt jetzt akzeptieren und Ängste, so etwas diffuses, ich meine, da gehört meiner Meinung nach schon dazu, dass man sich der Mühe und das richte ich jetzt nicht an dich Karl-Heinz, sondern an die Politik an ÖVP-, SPÖ-Politik auf Landesebene. Man muss sich politisch die Mühe des Diskurses des öffentlichen unterziehen und nicht mit Verboten reagieren und ich orte, und das ist für mich demokratiepolitisch gefährlich, ich orte in den letzten Jahren immer mehr da weniger mit den Menschen diskutiert wird, über ihre Ängste, über ihre Bedürfnisse, über alles, was das Menschsein eben ausmacht. Es wird weniger diskutiert, weil man diesen Konfliktkurs nicht mehr beherrscht, es wird nur mehr reagiert mit Verboten und das ist eine Tendenz, die sehr gefährlich ist. Zu den Aussagen vom Kollegen Thomas Rajakovics, ich kenne die Projekte, die ausgehen vom Pfarrer Pucher, von den Projekten, wo du sehr nebulös geblieben bist, kenne ich eigentlich wirklich nicht viel, das mag vielleicht daran liegen, dass wir zu wenig kommunizieren oder hier im Gemeinderat zuwenig darüber ausgetauscht wird, welche großen und wichtigen Projekte von euch ausgegangen sind, die funktionieren usw. Nicht wir retten das Betteln, sondern das Betteln gibt es und das hat Ursachen und ich will nicht wieder

diese Ursachen, die wir hier schon so oft diskutiert haben wiederholen, aber eines ist schon klar, wenn du, Thomas, kommst und sagst, bei uns hat jeder ein Dach über den Kopf und ein Bett, das geht doch an den Bedürfnissen dieser Menschen vorbei, die brauchen nicht das Dach über den Kopf, die brauchen das Geld um ihre Kinder zum Beispiel zu unterstützen, um in die Schule gehen zu können, die brauchen das Geld, um die Medikamente, wie du vielleicht auch weißt, du bist ja ein belesener Mensch, um Medikamente kaufen zu können für kranke Partnerinnen und Partner, es gibt Menschen, die haben Kontakt mit bettelnden Menschen aufgenommen und ihre Lebensgeschichten erforscht und erkundet und das sind nicht irgendwelche komischen Seminar-Arbeitsgeschichten, wie einer da im Gemeinderat gesagt hat, das sind ernst zu nehmende, das ein sich Einlassen genau auf diese Menschen und auf das, was sie bewegt und woran es mangelt. Ja, die EU ist gefordert, das große Dilemma bei der EU-Verfassung waren genau die Sozialstandards zu denen sich die EU nämlich nicht hinreißen hat lassen und wir haben, nicht wir haben das Problem, sondern andere haben das Problem und müssen schauen, wie sie zu einigermaßen zu Geld kommen, damit sie über die Runden kommen können. Ja, es ist unsere Pflicht darauf hinzuweisen und einzufordern, dass die Bundesregierung tätig wird, ich und meine Fraktion wir wissen, dass dieses Gesetz nicht gehalten werden kann. Der Verfassungsgerichtshof wird letztlich darüber Bescheid geben. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Begrenzung von Überziehungszinsen und Mahngebühren auf Girokonten

GR. **Sikora** stellt namens von SPÖ und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die steirische Arbeiterkammer hat vor wenigen Tagen eine Studie vorgestellt, in der überhöhte Zinsen und Gebühren für überzogene Girokonten aufgedeckt werden. Die Konsumentenschützer kritisieren auch die mangelnde Transparenz dieser „versteckten“ Gebühren. Ich zitiere daraus: „Den wenigsten KonsumentInnen ist bewusst, welche Kostenlawine eine Überziehung nach sich ziehen kann.“

Manche Banken verlangen bis zu 18 % an Überziehungszinsen, Rücklastschriftspesen und Bearbeitungsgebühren. Dazu kommen noch Mahnkosten bis zu 77 Euro Höhe. Die Arbeiterkammer hat mit dieser Studie wertvolle Unterlagen geliefert.

Im Interesse der Betroffenen kommt es aber darauf an, gegen die Wucherzinsen bei Kontoüberziehungen vorzugehen. Die Banken werden mit Milliarden aus Steuergeldern gestützt, der Leitzinssatz der Zentralbank beträgt aber ein Prozent. Die Banken bekommen praktisch gratis Geld vom Staat.

Trotzdem sind weiterhin Überziehungszinsen bei Gehaltskonten von mehr als zehn Prozent die Regel. Dazu kommen noch exorbitant hohe Gebühren. Die Menschen, denen es nicht gerade gut geht, müssen auf diese Weise dafür zahlen, dass die Bankmanager weiterhin saftige Sonderzahlungen kassieren können.

Hier müsste der Gesetzgeber regulierend eingreifen.

Ich stelle daher namens der Gemeinderatsklubs der KPÖ und der SPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich im Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber und ersucht ihn, eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten einzuführen. Diese sollten nur um fünf Prozent

über dem Zentralbanksatz liegen dürfen. Das wären zurzeit sechs Prozent. Außerdem müssten die Bearbeitungsgebühren und Mahnspesen gesetzlich begrenzt werden. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Antragsteller! So wie bei vielen Anträgen, die leider von der KPÖ kommen, stimmt vieles, vieles stimmt nicht. Vieles, muss ich ganz ehrlich sagen, was Sie da drinnen schreiben, ist natürlich auf steirisch ausgedrückt ein Holler, muss ich ganz ehrlich sagen. Wie wir immer diese Sachen mit Sonderzahlungen an die Bankmanager usw., da verwechseln Sie eindeutig immer wieder Amerika oder England mit Österreich und dann etwas, was natürlich auch uns immer wieder aufstoßt, muss ich ganz ehrlich sagen bei Ihren Anträgen ist, dass Sie immer wieder jetzt Anträge finden, scheinbar ist Ihnen Graz zu klein oder ist Ihnen die Stadt Graz zu klein und Sie fangen jetzt immer mit Anträgen an, die ja eigentlich dem Bundesgesetzgeber befassen sollen oder mit der der Bundesgesetzgeber eigentlich befasst ist und mir kommt so vor, weil Sie jetzt halt mit Müh und Not gerade in den Landtag in der Steiermark wieder eingezogen sind, was ja teilweise fraglich war. Jetzt im Bund sind Sie eh entfernt, Lichtjahre entfernt von einem Nationalratsmandat jetzt versuchen Sie über die Stadt Graz Sachen einzubringen. Wobei ich will gar nicht sagen, dass der Inhalt, teilweise stimmt es ja, ist ja sicher richtig, gebe Ihnen vollkommen zu nach 22 Jahren Banktätigkeit habe ich das auch nicht gut empfunden, wenn da Kunden sehr hohe Mahngebühren zahlen müssen. Also ich muss sagen, wir würden Sie bitten, beim nächsten Mal, wenn Sie wieder Anträge bringen, doch etwas konkreter, etwas konkreter mit der Stadt Graz zu befassen, Sie haben ja unter anderem haben Sie ja zwei sehr rührige Kollegen in der AK draußen, die ja sich mit dem befassen können, weil das ist ein klassisches Thema für die AK, für den Konsumentenschutz, aber Sie brauchen es dann nicht noch einmal duplizieren, hier im Gemeinderat. Und ich möchte auch dazu sagen, dass wir zwar der Dringlichkeit zustimmen werden, wir werden auch dem Inhalt zustimmen, weil, wie

gesagt, ich es jederzeit richtig finde, dass man diese Zinsen nach oben hin beschränken sollte, wo wir uns aber nicht, und das möchte ich auch extra festhalten, wir können uns mit dem Motivenbericht, mit dem können wir uns sicher nicht identifizieren. Also wir werden dem Inhalt zustimmen und der Dringlichkeit, aber dem Motivenbericht, da muss ich schon sagen, da sind viele Sachen drinnen, die für mich abzulehnen sind, aber wir wollen nicht das Kind mit dem Bade ausgießen und wollen trotzdem dem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Noch einmal mit der Bitte beim nächsten Mal, wenn wieder solche Anträge kommen, dann bitte sind Sie so nett und bringen doch Sachen, die eher sich auf die Stadt Graz beziehen und nicht auf die ganze Welt, weil, wie gesagt, es ist dann soweit, dass wir uns befassen, wenn in China ein Fahrrad umfällt, dann stellen Sie eine Petition (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Antragsteller Christian Sikora! Du hast, egal ob man dem Motivenbericht in dieser Art und Weise folgt, ein Thema aufgegriffen, das für viele Menschen, ob Arbeitnehmer, Pensionisten, Jugendliche ein sehr heißes Thema ist. Viele übersehen, leider Gottes, wie sich ihr Konto entwickelt, weil sehr viele Daueraufträge, Einziehungsaufträge etc. laufen automatisch und man leichter oder sehr schnell ein Soll auf seinem Kontoauszug hat statt eines Habens. Und diese, sage ich einmal, kann durchaus verwenden diese Abzocke, die in manchen Gebührenbereichen gemacht wird, ob Mahngebühren, Girokonten, wir kennen auch die leidvolle Diskussion in Deutschland, bei uns ist sie Gott sei Dank nicht da, wo Gebühren eingehoben werden, wenn man an einer Fremdbank, bei einem Bankomaten Geld abhebt, dann weiß man, dass hier wirklich nicht für eine zum Teil für eine reale Leistung bezahlt wird, sondern dass man eigentlich, wie auf einer schiefen Ebene, einfach über den Tisch gezogen wird. Ich denke, das Thema ist daher richtig gewählt, aber ich bin auch durchaus bei der Meinung vom Kollegen Korschelt, wir sollten uns bemühen wirklich die Probleme hier der Menschen in Graz in irgendeiner Form, gedanklichen Form und dann auch

praktisch in Rat und Tat einer Lösung zuzuführen und daher stelle ich ergänzend zu dem vorliegenden Antrag der KPÖ vom Kollegen Sikora einen Zusatzantrag, der wie folgt lautet, ich habe es auch den Klubobleuten vorher übergeben: Die zuständige Stadträtin für Soziales wird seitens des Grazer Gemeinderates beauftragt zu prüfen, inwieweit es ihr möglich ist unter Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Ressourcen möglichst umgehend eine Person als Anlaufstelle zu benennen, an die sich Grazer Bürgerinnen und Bürger konkret bei Verdacht auf überhöhte Überziehungszinsen und/oder Mahngebühren auf Girokonten, also genau die Sache, die dem Antrag entspricht, wenden können, um in deren Unterlagen Einschau zu nehmen, sodann eine zügige Ersteinschätzung für das mögliche weitere Prozedere vorzunehmen, das gegebenenfalls eine Umschuldung, ein Wechsel des Bankinstitutes, eine Empfehlung zur Einbringung einer Klage zum Inhalt haben könnte. Ich glaube, das würde den Menschen wirklich konkret vor Ort helfen. Nochmals Danke für diesen Antrag und ich würde mich freuen, wenn Sie auch diesem Zusatzantrag unterstützten würden. Danke.

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, Kollege Sikora! Wir unterstützen den Antrag selbstverständlich und du kannst dir sicher sein, dieser Antrag ist bereits durch. Er braucht heute nicht mehr abgestimmt werden, ich werde am 1. März im Zuge der Nationalratssitzung genau deinen Antrag als Entschließungsantrag in die Bundesgesetzgebung einbringen, das ist besser als jede Petition. Ich kann es auch dem Petitionsausschuss doppelt gemoppelt auch noch zuweisen, ich halte das wirklich für vernünftig. Ich hielte es nicht vernünftig, wenn wir mit so einem Antrag in die Privatwirtschaft eingreifen, aber solange sich die österreichischen Banken aus ihrem Desaster Spekulationsverluste im Osten abzutragen mit einer Milliarde Steuergeld, österreichisches Steuergeld, im Rahmen des Bankenschirms, des Haftungspakets, de facto zwangsverstaatlicht worden sind, was so ist, Erste Bank, Raiffeisen und wie sie alle heißen ist auch dieser Antrag nicht nur inhaltlich legitim,

sondern auch gesetzlich aus meiner Sicht legitim und auch politisch, moralisch legitim, hier den Banken einen Riegel vorzuschieben, wenn es wieder einmal darum geht, andere Verluste, die sie schreiben am Ende des Tages beim Endverbraucher, nämlich beim Kunden auf diesen überzuwälzen. Da sind wir vollkommen dabei, daher werde ich auch diesen Antrag im Nationalrat einbringen. Aber jetzt zum Kollegen Mariacher. Diesem Antrag können wir nicht zustimmen und zwar aus einer rein sachlichen Argumentation heraus. Du wirst es vielleicht wissen, du bist ja Arbeiterkammerrat, wenn mich nicht alles täuscht, Bezirksbauernkammerrat, Gemeinderat, aber vor allem du bist Arbeiterkammerrat. Im Antrag wird richtigerweise darauf hingewiesen auf die Leistung der steirischen Arbeiterkammer, weil sie als Sozialpartner auch die Kompetenz hat. Ungeachtet meines Respekts gegenüber der Sozialstadträtin, sie hat es nicht, höchstens es handelt sich um eine städtische Bank. Der Bürgermeister wird mir vielleicht Aufklärung geben, ob wir noch eine städtische Bank haben, meines Wissens nicht. Daher stehen wir schlichtweg nicht zur Verfügung, wenn es darum geht, ein Salzamt einzurichten. Ja, zu einer Bankenombudsmannschaft, ja auch zur Kompetenz des Nationalrates im Wege des Bankenpaketes, ja auch zum Vertretungsrecht der Arbeiterkammer, ja auch zur Anlaufstelle des VKI, Verein für Konsumenteninformation, wird mit Steuergeld gezahlt, das wir jetzt die Sozialstadträtin als neue Bankenombudsfrau in Graz installieren, das halte ich wirklich für einen Topfen. Schlichtweg für einen Topfen, undurchdacht, falsch, man schafft politisch gesehen ein zahnloses Instrument, na selbstverständlich, hat ja keine Kompetenz. Lügen wir uns doch nicht in den Sack, nur damit wir des Antrags willen hierher geht und ausnahmsweise einmal nicht meine Anträge herunterkopiert oder herunter schreibt, die wir die letzten zwei Jahre eingebracht haben, dann gleich einen Topfen einzubringen, das kann ja auch nicht die Welt sein. Das ist jedenfalls falsch, dem Zusatzantrag stimmen wir nicht zu, dem Dringlichen stimmen wir zu, falls er wider erwarten nicht durchgehen sollte, bringe ich ihn im Nationalrat ein. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. Mag.^a **Bauer** zum Antrag: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss Ihnen allen gestehen, dass ich gestern geschmunzelt habe, wie ich den Antrag erhalten habe, zumal ich ja bei den beiden Arbeiten, die Grundlage für den Antrag der KPÖ war, mitgearbeitet habe und sie aus meiner Abteilung kommen. Ich darf das auch ganz stolz hier präsentieren, ich habe auch jeweils für die Klubs ein Exemplar mit. Der Grund, warum wir das auch angegangen sind in der Arbeiterkammer waren schon die Zinsenentwicklung und die Belastungen, mit denen die Menschen rundherum konfrontiert sind. Es hat nämlich eine spannende Veränderung gegeben auf die wir besonders hingewiesen haben, nicht nur die Sollzinsen, also es sind immer Belastungen, wenn Verbraucher die Konten überziehen durch die Sollzinsen, das war damals schon, das haben wir uns angeschaut im Jahr 1992, 1992 habe ich mir das das erste Mal angeschaut, aber damals waren die Sollzinsen hoch, aber allerdings hat es damals auch noch Habenzinsen gegeben und seither hat es eine Entwicklung gegeben, dass die Sollzinsen weiter gleich hoch geblieben sind plus den sonstigen Spesen, aber die Habenzinsen sind nicht mehr vorhanden. Also irgendwo hat sich da was gravierend verschoben und das Zweite ist, dass wir auch festgestellt haben, jetzt auch bedingt durch die Finanzkrise ist, dass die Verzinsung der Verbraucherkredite konstant hoch geblieben ist und die Verzinsung der Unternehmerkredite also abgesenkt wurde und viel, viel weiter darunter liegt, also hier ist auch eine Ungleichbehandlung der Verbrauchergruppen seitens der Kreditinstitute gegeben. Ich habe gesagt, ich fasse mich kurz, ich freue mich über die Unterstützung, die heute hier die Arbeit aus meiner Abteilung, ich darf das auch ganz stolz sagen, erfährt. Herr Kollege Mariacher, dem können wir nicht zustimmen, natürlich auch ganz klar, das sind Verbraucherfragen, die gehören in den Konsumentenschutz, gehören auch zu uns. Danke (*Applaus SPÖ*).

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Ganz kurz nur zu diesem Zusatzantrag, ich habe vorher schon erwähnt, dass meine Personalressourcen im Sozialamt äußerst knapp sind, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jetzt sogar schon am Samstag arbeiten müssen. Ich sehe mich nicht imstande so eine zusätzliche Anlaufstelle zu schaffen. Ich sehe es auch nicht als meine Aufgabe. Es gibt einerseits die SchuldnerInnenberatung wo es jetzt doch gelungen ist, die Wartezeiten zu reduzieren und es gibt, wie gesagt, die Arbeiterkammer, also wir werden diesem Antrag nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorerst bedanke ich mich mal bei allen, die der Dringlichkeit zugestimmt haben und in weiterer Folge auch den Antrag zustimmen werden. Ich möchte nur sagen zum Herrn Kollegen Korschelt, wie du siehst ist es doch möglich, erstens einmal ist es ein demokratisches Recht, wenn es Grazerinnen und Grazer betrifft, auch von einer noch so kleinen Partei, die nicht im Parlament vertreten ist, Petitionen zu stellen, wie du siehst hat der Kollege Grosz, glaube ich dir eh die richtige Antwort darauf gegeben und Kollege Mariacher, ich wollte nur sagen, wir stimmen dem Zusatzantrag auch nicht zu, obwohl du im weiteren Sinne inhaltlich doch schon Recht hast, aber ich glaube, dass die Arbeiterkammer genug Anlaufstellen und Servicestellen hat, wo sich die Betroffenen hinwenden können und das wäre zu verwirrend, wenn man dann noch eine Institution einrichten würde. Es wäre einfach zu verwirrend. Trotzdem Danke für die breite Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Mariacher wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 16.50 Uhr den Vorsitz.

7) Ermäßigte Seniorenkarten, Anpassung an das Gleichbehandlungsgesetz

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In diesem Antrag geht es um die ermäßigten Seniorenkarten und deren Anpassung an das Gleichbehandlungsgesetz. Die Grazer Verkehrsbetriebe bieten für Senioren ermäßigte Seniorenkarten an. Die Höhe der Ermäßigung ist abhängig vom jeweiligen Bruttoeinkommen.

Weniger sachlich erfolgt allerdings die Differenzierung bei den festgesetzten Altersgrenzen für den Erwerb einer ermäßigten Karte. Demnach sind Frauen ab einem Alter von 60 und Männer ab einem Alter von 65 Jahren berechtigt, eine solche Karte zu erwerben. Die bislang ins Treffen geführte Rechtfertigung, man orientiere sich bei diesen Altersgrenzen am gesetzlichen Pensionsantrittsalter, darf angesichts der jüngsten höchstgerichtlichen Entscheidung in einem ähnlich gelagerten Fall bei den Wiener Linien wohl als obsolet betrachtet werden.

Anlass für die Verfassungsgerichtshof-Entscheidung waren Anträge zweier Wiener Gerichte, Bezirksgericht für Handelssachen Wien und des BG Innere Stadt, denen Schadenersatzklagen männlicher Busfahrgäste vorlagen. Konkret ging es um eine Verordnung nach dem Kraftfahrliniengesetz.

Gemäß einer EU-Richtlinie, die die Diskriminierung von Geschlechtern verbietet, gebe es – so der Verfassungsgerichtshof – keine Rechtfertigung für solche Altersgrenzen, die keine Rücksicht darauf nehmen, ob die Betroffenen tatsächlich in Pension sind. Dies bedeutet also, dass bei der Tariffestsetzung generelle Altersunterscheidungen

ohne Ansehen der persönlichen Situation nicht mehr zulässig sind und dass diese dem Gleichbehandlungsgesetz widersprechen.

Ferner muss der Umstand beachtet werden, dass dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes nicht nur die Wiener Linien betrifft, sondern alle, die unter das Kraftfahrliniengesetz fallen. Das sind auch die Verkehrsbetriebe beziehungsweise -verbände in anderen Bundesländern, Postbus und ÖBB-Bus. Hieraus ergibt sich nun auch ein Handlungsbedarf für die Stadt Graz, zumal seitens der Holding Graz bislang noch nichts unternommen wurde, wodurch das Tarifsysteem der aktuellen Rechtsprechung angepasst werden hätte können.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, mit den zuständigen Personen der Holding Graz Linien in Kontakt zu treten und seitens der Stadt Graz auf die Notwendigkeit der Anpassung des Tarifsystems an die aktuelle Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes hinzuweisen (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Ich melde mich gleich selbst zu Wort einerseits, Herr Gemeinderat Lohr, ist natürlich diese Information längst in der Stadt angekommen. Es ist so, dass es schon vor drei Wochen die erste Runde gab mit Vertretern der Holding genauso wie mit Vertretern des Verkehrsverbundes. Es ist auch schon eingerichtet worden eine österreichweite Arbeitsgruppe, wo das Ziel ist,

aus der Konsequenz aus diesem Urteil auch über eine österreichweite Tarifreform zu beraten, die einerseits diese Grundlage aufgreift beziehungsweise auch zu einer Harmonisierung und einer besseren Transparenz im Tarifwesen zu kommen. Wir haben in dieser Runde mit der Holding und mit dem Verbund auch als Stadt beauftragt dort die Beiträge aus Graz einzubringen. Gleichzeitig sitzen wir natürlich auch hier zusammen, wenn es nicht zu einer bundesweiten Regelung kommt, die weiter greift als zu einer Anpassung der Altersgruppen, dass wir auch für die Steiermark mit dem Verbund gemeinsam zu einer Lösung kommen, aber prinzipiell ist es natürlich angekommen und auch die Holding hat schon ihres unternommen.

GR. **Müller:** Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Sikora, der Antrag ist natürlich nicht schlecht, aber es sind mehrere Fehler aufgetreten. Vorne schreibst du die Grazer Verkehrsbetriebe und hinten Holding Graz Linien. Faktum ist allerdings, wie auch schon öfter von mir auch erwähnt worden ist, dass weder die Grazer Verkehrsbetriebe früher noch jetzt die Holding Graz Linien für die Tarifgestaltung in der Steiermark zuständig sind, aber es ist natürlich auch so bereits per Gesetz verankert, dass per 31. 12. 2011 diese Ungleichstellung entfallen muss und daher ist der Antrag etwas zu spät, nachdem er eine gesetzliche Vorlage ist und wie gesagt noch einmal, die Tarifgestaltung obliegt dem steirischen Verkehrsverbund und dem VVK. Daher können wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen.

GR. **Grosz:** Wir unterstützen den Antrag, zumal wir ihn selbst auch eingebracht haben. Die Vizebürgermeisterin weiß es. Er regelmäßig abgelehnt worden ist, wie wir immer darauf hingewiesen haben, dass es in der heutigen Zeit halt einen Unterschied gibt zwischen einem Senior und einem Pensionisten, das ein Pensionist mit 61 auch in

Rente quasi ist oder mit 59 in Frühpension ist etc und man daher die Altersbegrenzung mit 65 halt nicht dem jeweiligen Kunden entgegenkommt. Wir unterstützen sowohl die Dringlichkeit als auch den Inhalt.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Jetzt habe ich eben Ihre Info bekommen, uns im Gemeinderat war darüber nichts bekannt, man hat auch nichts in der Zeitung gefunden, deshalb ein dringliches Thema. Es hat ja auch die Steirer Krone am 21. Jänner 2011 berichtet und hier gibt es eben keinen Hinweis, dass in der Stadt Graz oder eben in Graz an diesen Problemen gearbeitet wird. De facto heute müssen die älteren Herren noch immer die teurere Karte lösen, also hier ist sicher dringlicher Handlungsbedarf. An den Kollegen Müller noch, ja, du hast recht im ersten Absatz ist uns wirklich ein Namensfehler passiert, aber ist auch hier schwierig mit der Stadt Graz mitzuhalten, weil hier ja im Halbjahrestakt alle Namen geändert werden, neue Logos produziert, was ja dem Steuerzahler auch nicht zugute kommt. Ich bitte dennoch um Zustimmung für die Senioren hier eine Ungleichbehandlung, die eben aufgelöst gehört. Bitte um Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wenn ich jeden Tag eine Presseaussendung machen würde über die einzelnen Sitzungen würde ich am Tag im Schnitt acht Presseaussendungen machen. Also ich denke, das wird sich leider erklären lassen, dass ich nicht über alle Dinge, die erst im Gange sind sofort an die Medien gehe, aber das das natürlich ein Thema ist, das ganz Österreich beschäftigt, wollte ich Ihnen damit nur mitteilen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

8) Aufforderung an den Menschenrechtsbeirat

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**. Werte Frau Vorsitzende, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Ereignisse der letzten Tage, die Debatte ums Bettelverbot, die wir auch schon vorher hier herinnen diskutiert haben, geben auch Anlass hier, und darauf zielt meine Initiative ab, hier die Vorkommnisse, die Begebenheiten, die im Zusammenhang mit dem Menschenrechtsbeirat hier passiert sind, einmal etwas genauer zu beleuchten. Und ich beziehe mich hier im Konkreten auf die bekannte Demonstration vom letzten Samstag, in der Grazer Herrengasse vor dem Landhaus, in der auch der Vorsitzende des Menschenrechtsbeirates Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Benedek teilgenommen hat. Und in diesem Zusammenhang ist ein Zitat aus dem Standard vom 13.2. besonders interessant und ich möchte das hier auch kurz zitieren. „Ein weiterer Podiumssprecher, Wolfgang Benedek, Vorsitzender des Grazer Menschenrechtsbeirats, beschrieb kurz das weitere Vorgehen gegen das drohende Bettelverbot. Man werde beim Österreichischen Verfassungsgerichtshof Klage einreichen, da die Regelung seiner Meinung nach gegen die Menschenwürde sei.“ Auch im Menschenrechtsbeirat selbst hat der Herr Prof. Benedek auch diese Vorgehensweise erwähnt. Sie ist, so nehme ich an, im Protokoll der letzten Sitzung auch nachzulesen und eben genau diese Aussagen verdienen natürlich eine besondere, eine genauere Betrachtung. Denn hier handelt es sich ganz eindeutig um

eine missbräuchliche Verwendung des Menschenrechtsbeirates, denn dieses Gremium kann nicht zum Verfassungsgerichtshof gehen, weil keine Rechtspersönlichkeit und keine Antragslegitimation für den Menschenrechtsbeirat in diesen Bereichen vorliegt und selbstverständlich steht es dem Herrn Professor offen, selbst bettelnder Weise sich zu betätigen und dann nach einem Strafbescheid hier zu protestieren und zum Verfassungsgerichtshof zu gehen. Als Privatperson kann er das jederzeit tun, aber nicht im Zusammenhang und nicht als Vorsitzender des Menschenrechtsbeirates. Und die, und das möchte ich hier auch erwähnt haben und habe das im Motivenbericht drinnen, auch die erwachsenden Kosten sind aus privaten Mitteln und keineswegs durch den Menschenrechtsbeirat zu finanzieren. Alles andere wäre, da der Menschenrechtsbeirat über seine Geschäftsstelle, das ETC für Menschenrechte, auch aus Steuermitteln finanziert wird, eine missbräuchliche Verwendung von eben diesen Mitteln.

Aus diesem Grund ergeht namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, namens des Gemeinderates der Stadt Graz ein Schreiben an Herrn Univ. Prof. Dr. Benedek und den Menschenrechtsbeirat folgenden Inhalts zu verfassen:

Ein allfälliges Herantreten an den Verfassungsgerichtshof kann aus rechtlichen Gründen keinesfalls namens des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz erfolgen. Es ist den beteiligten Personen aber unbenommen als Privatperson oder als juristische Person gegen die Novelle zum Landessicherheitsgesetz betreffend das Bettelverbot beim Verfassungsgerichtshof vorzugehen. Allerdings hat diesfalls jeder Hinweis auf eine Funktion im Menschenrechtsbeirat zu unterbleiben sowie die aus derartigen

Schritten erwachsenden Kosten niemals aus Geldern, die dem ETC Graz aus Subventionsmitteln der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt wurden, zu bestreiten sind. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Ich darf mich vielleicht auch gleich namens meiner Fraktion zur Dringlichkeit zu Wort melden. Herr Klubobmann, Herr Gemeinderat Sippel, das was Sie hier in diesem Text vorbringen ist richtig. Einmal auch eine Beobachtung meinerseits, aus diesem Grund habe ich auch schon mit Herrn Prof. Benedek versucht Kontakt aufzunehmen, er hat mir bislang einmal schon mitteilen lassen, dass er auch im Standard falsch zitiert worden sei. Es wird auch ein Gespräch von mir mit ihm geben, das heißt, inhaltlich sehe ich da zwei Bereiche, das eine ist der Sprecher des Menschenrechtsbeirates, hätte auch klar kommuniziert werden müssen, so glaube ich, dass es unterschiedliche Meinungen im Menschenrechtsbeirat zum neuen Landesgesetz punkto Bettelerei gegeben hat. Es hat dort Enthaltungen gegeben bei der Abstimmung, es hat dort auch Gegenstimmen gegeben. Also es hat Gegenstimmungen und Enthaltungen gegeben auch das ist als solches nicht nach Draußen transportiert worden. Selbstverständlich bin ich da auch mit Ihnen einer Meinung, dass für den Fall, dass da Klagen durchgeführt werden, es dem Herrn Prof. Benedek als Person zusteht, aber sicherlich nicht über die genannten Institutionen, also da gibt es auch noch einmal einen Termin. Er sei auch falsch zitiert worden im Standard und aus diesem Grund glaube ich, ist auch Ihrem Wunsch schon entsprochen, dadurch ist es nicht dringlich, inhaltlich ist es richtig (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich danke Ihnen für Ihre Klarstellung. Nur falsch zitiert worden ist er nicht, weil es war ja nicht nur der Standard sondern es waren mehrere Medien, unter anderem auch die Austria Presse Agentur, die als

Nachrichtenagentur als objektive ihn auch als Menschenrechtsbeiratsvorsitzenden titulierte hat und auch unlängst die verunglückte Aktion mit der Zurücklegung seines Ehrenzeichens auf Zeit, was ja auch etwas Neues ist, dass man quasi ein Ehrenzeichen auf Zeit zurücklegt. Das ist auch sehr klar und nicht missverständlich. Daher ersuche ich Sie wirklich, auch dort unmissverständlich auf ihn einzuwirken, dass er eben als solches nicht im Namen des Menschenrechtsbeirates tätig werden kann und auch darf. Aber ich habe eine Anregung an Sie und auch eine Bitte. Wie Sie wissen ist das BZÖ 2008 in den Gemeinderat eingezogen. Sie kennen die Umstände auch verschiedenster Diskurse zwischen dem Menschenrechtsbeirat, mir als Person und dem BZÖ. Wie Sie weiters wissen, haben wir ja damals aus diesen Überlegungen, vielleicht auch aus einer gekränkten Eitelkeit heraus vorerst abgelehnt in den Menschenrechtsbeirat nominiert zu werden damals, weil ja allen wahlwerbenden Gruppierungen, Wahlparteien, diese Nominierung zusteht, ich darf Sie bitten Herr Bürgermeister, eine Nachnominierung seitens des Gemeinderates durchzuführen. Wir nehmen von unserem Recht Anspruch in den Menschenrechtsbeirat dort auch zu sitzen mit mir als Hauptmitglied und Gemeinderat Schröck als Ersatzmitglied.

GRin. **Binder:** Wolfgang Benedek, der Leiter des Instituts für Völkerrecht und internationale Beziehungen an der Universität Graz und Mitbegründer des ETC, Vorsitzender des Menschenrechtsbeirates, der von Ihnen eingerichtet wurde, Herr Bürgermeister, auch Obmann des WUS, also des World University Service und ein Mann, der unendlich viel getan hat für den Aufbau von Universitäten und Lehrgängen zum Thema Menschenrechte, gerade in Südosteuropa, der Ehrenbürger von Sarajewo ist und vieles andere mehr, ich glaube der Wolfgang Benedek braucht diese Belehrung nicht. Wenn ich eingehe auf das Zitat vom Standard, man könnte dieses Zitat durchaus anders verstehen, da steht ein weiterer Podiumssprecher, Wolfgang Benedek, Vorsitzender des Grazer Menschenrechtsbeirates, beschrieb kurz das weitere Vorgehen gegen das drohende Bettelverbot. Man werde beim

Österreichischen Verfassungsgerichtshof Klage einreichen. Na und, das kann er ja, da steht ja nicht, dass er als Menschenrechtsbeiratsvorsitzender oder...

Zwischenrufe unverständlich.

GRin. **Binder:** Nein, steht eben nicht, nein, das ist eine Apposition eben nicht, man kann es ganz anders lesen und ich habe auch mit Herrn Benedek gesprochen, ich habe telefoniert, ich habe auch mir Abschriften geben lassen über das Hearing, das am Montag stattgefunden hat, nirgends steht drinnen, dass Wolfgang Benedek als Vorsitzender des Menschenrechtsbeirates als solcher in dieser Funktion sich an den Verfassungsgerichtshof wenden wird. Insofern geht das völlig ins Leere und ist ein Zeichen Ihrer, ich würde sagen, Fantasiaufsatz Sekundarstufe 1 (*Applaus Grüne*).

GR. **Sippel:** Herr Bürgermeister, also wenn dieses Gespräch demnächst stattfindet und ich bin mir sicher, dass Sie hier das auch unmissverständlich ansprechen werden, dann ist die Intention natürlich meines Antrages gegeben. Dennoch halte ich es aufgrund der Dringlichkeit für sinnvoll hier auch in Richtung ÖVP dem auch noch zuzustimmen. Aber ich möchte etwas Grundsätzliches sagen und es zeigen die Beobachtungen der letzten Jahre möchte ich fast schon sagen, weil ich ja ebenfalls Mitglied des Menschenrechtsbeirates bin. Sie selbst sitzen auch mit vielen Vertretern der Gemeinderatsfraktion im Naturschutzbeirat, der Naturschutzbeirat, das ist für mich ein Beirat, der den Namen auch verdient, da sitzen Experten drinnen, da sitzen die zuständigen Fachbeamten, Aktivbürger, NGOs und die politischen Vertreter drinnen, hier wird diskutiert, teilweise sehr konträr natürlich auch, aber hier wird wirklich auch im Sinne der Sache diskutiert und hier wird beraten. Wenn die Politik

hier auch Fragen in naturschutzrechtlichen Dingen hat, dann wird der Naturschutzbeirat auch angerufen und hier wird beraten. Beim Menschenrechtsbeirat...

Zwischenruf GRin. Binder: Das wird im Menschenrechtsbeirat genauso gemacht.

GR. Mag. **Sippel**: Nein, der Menschenrechtsbeirat hat sich in den letzten Wochen, Monaten verselbstständigt, der Menschenrechtsbeirat hat sich in dieser Stadt verselbstständigt. Ich möchte jetzt nicht sagen, dass er zu einem Unguided missile geworden ist, aber er ist der Politik entglitten. Weil diese Beratschlagungen, und es wird einen Grund haben, warum der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz nicht von den Abgeordneten des Landtages konsultiert worden ist in der Frage des Bettelverbotes, das muss man sich auch einmal fragen, warum das der Fall ist. Auf diese Meinung hat man verzichtet, natürlich in Anbetracht der Wahrnehmung der Verantwortung der Landtagsabgeordneten, für den Menschenrechtsbeirat selbst war das halt anscheinend etwas irritierend. Punkt ist der, dass hier ganz einfach sich ein Gremium verselbstständigt hat und ich glaube, dass die Politik die Aufgabe hat, hier wieder die Herrschaften in diesem Gremium an ihre Aufgaben, an ihre ureigensten Aufgaben zu erinnern, beratend tätig zu sein, beratend in menschenrechtlichen Fragen der Politik zur Seite zu stehen und nicht selbstständig zu agieren und immer wieder Ratschläge zu erteilen, die einer Privatmeinung eines Herrn Benedek ziemlich nahe kommen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf auf die beiden Wortmeldungen insofern eingehen, dass ich gerne auch die Einladung aussprechen werde, dass das BZÖ teilnimmt. Zum Herrn Klubobmann Sippel möchte ich noch anmerken, der Beirat besteht meines Wissens nach aus 25 Personen Polizei, Richtergrremium und, und, und. Also eine große Anzahl von Persönlichkeiten. Es ist leider, ich sage es leider dazu, ein Problem, dass bei den Beiratssitzungen viele Personen, die einen Sitz und eine Stimme in diesem Menschenrechtsbeirat haben auch nicht kommen, über das muss man einmal nachdenken. Aber ich wollte nur noch einmal anmerken, der Kreis ist ein relativ großer, es sind viele Persönlichkeiten, die sich auch in den letzten Jahrzehnten und Jahren sehr, sehr große Anerkennung im Bereich der Menschenrechtsthemen der Stadt Graz erworben haben und deswegen sitzen sie auch drinnen. Dass wir dort unterschiedliche Meinungen haben, ist selbstverständlich klar, deswegen mache ich auch niemandem einen Vorwurf. Es ist allerdings auch drüber zu debattieren und das ist der Antrag von Ihnen ja auch, ab wann kann jemand in welcher Form nach Außen hin auftreten und für etwas sprechen und musste man dann nicht auch der Ordnung halber nicht alles erwähnen, was auch innerhalb des Menschenrechtsbeirates für Abstimmungen oder Gespräche da waren und so werde ich noch einmal dringlich alle ersuchen, die da dem Menschenrechtsbeirat angehören, künftig auch zu den Sitzungen wieder zu erscheinen, dann haben wir ein breiteres Bild, aber ich sage es auch dazu, das sind ja alles ehrenamtliche Funktionen, auch im letzten Naturschutzbeirat, der wieder einen ganzen Vormittag gedauert hat, sind mir zum Schluss noch sechs Personen gegenübergesessen mit einer Armee von Politik und Verwaltung und unseren Betrieben. Es ist halt ganz schwer, dass jemand auch neben seinem Beruf einen halben Tag sich Zeit nehmen kann, um da dabei zu sein. Man muss das ein bisschen auch aus der Blickrichtung sehen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 17.05 Uhr den Vorsitz.

9) Neue Vergaberichtlinien für den sozialen Wohnbau

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, Herr Bürgermeister! Wir goutieren und befürworten auch die Ankündigung sowohl der KPÖ als auch der ÖVP, 500 zusätzliche Wohnungen in Graz zu errichten und sie dem sozialen Wohnbau zu widmen. Wir machen seit Jahren darauf aufmerksam, dass tausende Jungfamilien auf Wohnungen warten, dass insgesamt 1000 Sozialwohnungen aus unserer Sicht notwendig wären, selbst die für Wohnbau zuständige Stadträtin Kahr hat das die letzten drei Jahre ja mehrmals bestätigt, dass im sozialen Wohnbau einiges fehlt und ihr auch teilweise die Hände gebunden sind. Wir sind daher sehr froh und auch sehr zufrieden, dass sich die ÖVP nun insofern auch in Richtung KPÖ bewegt hat, dass 500 zusätzliche soziale Wohnungen möglich sind, aber, wir wollen den Fehler, der bisher im sozialen Wohnbau gemacht worden ist, nicht weitertradiieren. Wir haben die Situation, und das wissen alle sehr genau, deswegen gibt es heute im Stadtentwicklungskonzept in den Anlagen den Vorschlag der Mediation in Siedlungen, na selbstverständlich wissen wir, dass der soziale Wohnbau gerade durch die Richtlinien der Vergabe zu einem Sammelsurium (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) der ethnischen, der gesellschaftlichen und auch der sozialen Auseinandersetzungen geworden ist. Und das wollen wir nicht. Wir haben die letzten

Wochen miterleben können, dass die oberösterreichische Stadt Wels ihre Richtlinien insofern geändert hat, dass in Zukunft das Beherrschen der deutschen Sprache ein weiterer Bestandteil für die Vergabe von sozialen Wohnbauten ist und ich bin tatsächlich der Meinung, dass die Sprache neben vielen, sicherlich vielen anderen Punkten, sage auch Integration ist keine Einbahnstraße sowohl von dem, der sich integrieren will als auch der, der integrieren soll. Aber das Erlernen der deutschen Sprache beziehungsweise der hier gesprochenen Sprache in Österreich, eine der Grundvoraussetzungen ist für erfolgreiche Integration auch im sozialen Wohnbau ist unbestritten. Das ist das Erste was wir wollen und das Zweite was wir wollen ist, dass ein für allemal ausgeschlossen wird, dass Nicht-EU-Bürger im sozialen Wohnbau nichts verloren haben. Ich glaube, das ist auch sehr wichtig, wir haben die Verpflichtung EU-Bürger im sozialen Wohnbau zu beherbergen, aber darüber hinaus gehende Verpflichtungen gibt es nicht, schlichtweg, es gibt sie nicht. Für Nicht-EU-Bürger gibt es auch keine Verpflichtung und keine EU-Richtlinie für Nicht-EU-Bürger, für EU-Bürger schon und daher wollen wir auch, dass in Zukunft einige Richtlinien geändert werden. Grundvoraussetzung für das Erlangen einer Sozialwohnung in Graz ist die EU-Bürgerschaft und nicht die Nicht-EU-Bürgerschaft, ist die deutsche Sprache, die soziale Bedürftigkeit ist ohnedies bereits enthalten, aber um diese Richtlinien zu ändern, bringen wir folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

ein: Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Eine Kommission des Gemeinderates zur Überarbeitung der Richtlinien für die Vergabe des sozialen Wohnbaues wird eingesetzt und damit beauftragt, unter Einbeziehung obig genannter Vorschläge eine neue sinnvolle Richtlinie für den sozialen Wohnbau der Stadt Graz zu erstellen und diese dem Gemeinderat ehest möglich zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich glaube auch, dass diese Richtlinie auch, was die Sprachkenntnisse betrifft sinnvoll ist und vor allem sie ist

verfassungskonform, weil es ist gerade beim Bettelverbot soviel über Verfassungskonformität gesprochen worden, das Welser Modell wurde bereits abgetestet und die Verfassungskonformität bestätigt und daher glaube ich, was für Wels gut ist, kann auch für Graz sehr gut sein.

GRin. Mag.^a **Bauer** zur Dringlichkeit: Ja, Herr Kollege Grosz, ich glaube, dass die Vergesslichkeit greift auch bei Ihnen schon um sich. Zum einen weder dringlich noch inhaltlich kann von unserer Seite Folge geleistet werden, weil es schlicht und einfach rechtswidrig ist. Aber vielleicht auch ein bisschen zur Erinnerung. Im Jahr 2006 wurde hier im Gemeinderat die Richtlinie beschlossen, die Richtlinie wurde deswegen so beschlossen, weil es eine EU-Vorgabe auch betraf, dass die Richtlinie über Daueraufenthaltsberechtigungen in innerstaatliches Recht zu übernehmen und damit all jenen, die einen Aufenthaltstitel haben, auch Zugang zu Wohnungen zu gewähren. Und etwas, warum ich jetzt die Vergesslichkeit, Herr Kollege, anspreche. Ein Teil dabei oder Regelungsteil befindet sich oder wird geregelt für Personen in Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz und das wurde unter Ihrer BZÖ-Regierungsbeteiligung im Jahr 2005 beschlossen. Dort drinnen ist es auch geregelt, dass Personen einen Daueraufenthaltstitel erhalten, den das Land ausstellt. Die Voraussetzungen die dabei notwendig sind, ist ein Arbeitseinkommen, keine Sozialhilfe, Krankenversicherung und ein Abschluss der Integrationsvereinbarung und in der Integrationsvereinbarung ist natürlich auch Deutsch mit dabei. Und darüber, letzter Punkt, auch mindestens fünf Jahre müssen die Personen hier sein. Also die Regelung, die Sie hier intendieren ist schlicht und einfach rechtswidrig, keine Dringlichkeit und auch keine Zustimmung zum Antrag (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kahr:** Werter Herr Gemeinderat Grosz, meine Damen und Herren! Eine Kollegin, die Gemeinderätin Bauer hat schon einiges angesprochen. Ich könnte es mir jetzt einfach machen und sagen, so ist es und deshalb werden wir der Dringlichkeit und dem Antrag nicht zustimmen. Ich nehme Sie aber trotzdem, Herr Gemeinderat Grosz, soweit ernst, dass ich mir es nicht so einfach machen möchte und trotzdem ausführlich Ihnen antworten möchte. Was mich wundert ist, weil Sie hier ja sehr oft von Einhaltung von Gesetzen und Rechtsprechen, dass Sie hier das einfach mit einem Federwisch wegtun und sagen, das ist nicht notwendig. Mit diesem Antrag fordern Sie hier den Grazer Gemeinderat ganz offen auf, bestehende Gesetze und bestehendes Recht zu brechen beziehungsweise zu umgehen. Aber trotzdem noch einmal, weil ich glaube, dass Sie vielleicht die Richtlinien für eine Zuweisung für eine Gemeindewohnung bei uns hier in Graz doch nicht kennen, noch einmal zur Wiederholung. Erstens: EU-Bürger haben sowieso, sind österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern gleichzustellen. Zweitens: Wie die Kollegin Bauer schon gesagt hat, am 25. November 2003 wurde eine EU-Richtlinie betreffend die Rechtsstellung langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger in einer Ministerratssitzung der Justiz- und Innenminister Europas beschlossen. Diese Richtlinie trägt die Unterschrift Österreichs und zwar unterschrieben vom damaligen Justizminister Böhmendorfer von der FPÖ und dem damaligen ÖVP-Innenminister Strasser. Nur Irland, Großbritannien und Dänemark haben sich damals eine Ausnahme ausbedungen, Österreich nicht. Im Artikel 11 Punkt 1, unter dem Punkt Gleichbehandlung, ich habe es auch hier, steht eindeutig drinnen „Beim Zugang zu Verfahren für den Erhalt von Wohnraum sind langfristig Aufenthaltsberechtigte wie eigene Staatsbürger zu behandeln.“ Und dann folgt noch unter dem Kapitel 5 eine ganz, ganz ausführliche Antwort auch über das Diskriminierungsverbot, das lese ich jetzt nicht vor, weil das zu lange dauern würde. Mit Bundesgesetz, und das ist jetzt eigentlich das wirklich interessante vom 16. August 2005 wurde diese EU-Richtlinie in nationales Recht mit Wirksamkeit 1.1.2006 in österreichisches Recht umgesetzt. Genau dieses Gesetz, das Sie heute in Ihrem Antrag anprangern, wurde unter der BZÖ-Regierung, wie es die Kollegin Bauer schon gesagt hat beschlossen, Sie waren

damals selbst Pressesprecher im Sozialministerium, es hat keinen Aufschrei von dem BZÖ gegeben, natürlich nicht, weil sie ja auch korrekt handeln mussten (*Applaus KPÖ*) und ganz im Gegenteil, kein einziger BZÖ-Abgeordneter hat damals dagegen gestimmt, ihr habt einstimmig am 7. Juli 2005 für dieses EU-Recht gestimmt. Wortwörtlich, Abgeordneter Markus Fauland und das möchte ich Ihnen jetzt hier auch vorlesen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*): „Zusammenfassend und abschließend möchte ich noch anmerken, dass es natürlich nicht nur österreichische Gesetze sind die zu berücksichtigen sind, wir unterliegen im Europäischen Bereich der Europäischen Menschenrechtskonvention, wir unterliegen den Richtlinien, die die Europäische Union ausgibt, wir unterliegen der Genfer Flüchtlingskonvention und natürlich unserem eigenen Verfassungsrecht. Der nationale Spielraum in dem konkreten Fall ist aufgrund dieser Gesetzesmaterie nicht nur eingeschränkt, sondern unmöglich.“ Jetzt können Sie sagen, den gibt es nicht mehr, der ist schon weg, aber ihr BZÖ-Nationalratsabgeordneter Kollege Scheibner hat sich auch damals, das können Sie auch nachlesen im Protokoll, den gibt es noch, hat sich sogar sehr positiv über die Richtlinie geäußert. Davon wollen Sie wahrscheinlich jetzt nichts mehr wissen, aber bei Ihrer Partei ist man sowieso ständige Wechsel und auch Gesinnungen gewohnt. Weitere Folge nur zur Chronologie: Am 23. Jänner 2006, das war sozusagen die Dateline der Umsetzungsfrist für Österreich mit Gemeinderatsbeschluss, das hat die Kollegin Bauer auch schon gesagt am 16. Februar ist dieses Gesetz hier in die Richtlinien im Grazer Gemeinderat eingearbeitet worden und auch so angenommen worden. Die Kriterien für die Vergabe einer Gemeindewohnung, also für diese Daueraufenthaltsberechtigten hat die Kollegin Bauer schon genannt. Ein Punkt ist aber ganz wichtig, dass mit dem...das ist aber wichtig, weil das einfach unwahr ist Integrationsvertrag über ausreichend Deutschkenntnisse, das muss genau diese Gruppe an ausländischen Mitbürgern vorweisen und das muss ich sagen, das finde ich ja sogar bedauerlich, genau diese Gruppe Drittstaatsangehörige dürfen nämlich keine Sozialhilfe beziehen, die müssen über ein ausreichendes Einkommen verfügen, das heißt ganz konkret ein Beispiel, ich kann es Ihnen zeigen, Sie können rüberkommen

bosnische Familie, Familienvater hat zwei Arbeiten derzeit, 1.450 Euro, Gattin Hausfrau, haben zwei Töchter, die studieren ist gesagt worden geht nicht, weil ihr Einkommen muss mindestens für diese Familie 1.800 Euro betragen. Die Familie wird sich trotzdem weiter bemühen, weil die sehr gewillt sind hier sich zu integrieren und auch schon seit zehn Jahren da sind, das muss man noch dazusagen, die Töchter haben zusätzlich eine geringfügige Beschäftigung angenommen neben dem Studium usw. Ich tue das jetzt alles abkürzen. Was ich aber wirklich empörend finde ist eigentlich, weil den Antrag, den ich nämlich habe, den haben Sie ja nicht zitiert, Sie haben da von Wels geredet, das ist übrigens sowieso ein Feg, weil das wird vom Rechtsamt überhaupt nicht, das ist ein Gefälligkeitsgutachten gewesen von einem FPÖ-nahen Gutachter, aber Sie schreiben da drinnen in dem ursprünglichen Antrag, der ja den Kollegen auch vorliegt, dass der soziale Wohnbau in Graz zum Umschlagplatz ethnischer, sprachlicher, sozialer und religiöser Auseinandersetzung geworden ist. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was Sie mit so einem Wort Umschlagplatz bei unseren Gemeindewohnungen eigentlich anrichten. Sie stellen alle unsere Gemeindemieter da in ein Licht, dass ungeheuerlich ist und ich muss mich da auch wirklich stellvertretend für unsere Mieter und Mieterinnen da zur Wehr setzen, weil unter Umschlagplatz weiß man eh, was die Leute sich vorstellen, dass das halb kriminell ist (*Applaus KPÖ und Grüne*). Ich habe die Redezeit schon überzogen, lange Rede kurzer Sinn, aber wir werden der Dringlichkeit selbstverständlich nicht zustimmen, weil wir als Kommunisten einfach uns an Gesetze und an Recht halten und das soziale Engagement vom BZÖ nehme ich Ihnen sowieso nicht ab, weil Sie haben immerhin 62.000 Wohnungen und zwar Bundeswohnungen BUWOG-Wohnungen, die nämlich leistbar waren für die MieterInnen verscherbelt um sehr viel Geld und da haben noch Ihre Gefolgsleute recht gut verdient (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Spath**: Die Eckdaten wurden schon von meinem beiden Vorrednerinnen bekanntgegeben. Es gibt eben diese EU-Richtlinie, dieses Gesetz sieht eben vor, dass MigrantInnen, die einen mindestens fünfjährigen rechtmäßigen und ununterbrochenen Aufenthalt in Österreich nachweisen können, unter bestimmten weiteren Voraussetzungen, die eben schon zitiert worden sind, eine Aufenthaltsberechtigung beantragen können. Der Grazer Gemeinderat hat auch im Jänner 2006 eben diese Richtlinie beschlossen. Möchte noch ganz kurz darauf eingehen auf den Motivenbericht, der eben wie gesagt, uns übermittelt wurde, der uns vorliegt, den einzelnen Klubs, wo drinnen steht, wir wollen in Zukunft klare Richtlinien für den sozialen Wohnbau auf Basis der geltenden Gesetze. Wenn ich das ernst nehme dann kann ich eben keine Änderungen der Richtlinien vornehmen, Änderungen würden eben gegen übergeordnete Rechtsvorschriften verstoßen und lieber Herr Gemeinderat Grosz, lieber Herr Kollege, du wurdest heute auf die Beachtung der Gesetze angelobt hier im Gemeinderat und daher ist es mir eigentlich unverständlich, wie du heute dann diesen dringlichen Antrag stellen kannst, der eben gesetzeswidrig ist. Aus diesem Grund kann ich dir nur sagen, dass die ÖVP-Fraktion weder der Dringlichkeit noch dem Antrag zustimmen wird (*Applaus ÖVP, Grüne und KPÖ*).

GR. **Grosz**: Herr Kollege von der ÖVP, nachdem wie du weißt, ich Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft bin, ist es meine Pflicht und meine Aufgabe die geltenden Gesetze ständig zu evaluieren und zu schauen ob etwas richtig läuft oder falsch läuft. Ansonsten würde es im Österreichischen Nationalrat und zwar ausschließlich im Österreichischen Nationalrat keine Gesetzesnovellen geben logisch, aber davon hast du wahrscheinlich noch nichts gehört von einer Novelle eines Gesetzes ganz klar. Und, na selbstverständlich muss man das, was Österreich und, Frau Kollegin Kahr, da darf ich Sie korrigieren, nicht die BZÖ-Bundesregierung hat

etwas beschlossen, es gibt eine Bundesregierung die etwas beschließen kann, erstens....

Zwischenruf StRin. Kahr: Ihre Abgeordneten.

GR. **Grosz:** ...und selbstverständlich muss man zur Kenntnis nehmen, dass dieser Mehrheitsbeschluss des Österreichischen Parlaments zur Umsetzung der EU-Richtlinien ein Fehler war und da braucht man sich nicht so verrenken, wie die SPÖ, die heute hergeht und beim Bettelverbot da sagt, na ich bin eigentlich nicht dafür, sondern ich sage, ich stelle mich jetzt da her und sage, na selbstverständlich ist das ein Fehler und selbstverständlich muss man aufbauend auf dieser Diskussion, die wir heute hier führen auch die ins österreichische Recht übernommenen Gesetze ändern, auch auf die Gefahr hin, dass wir einen Konflikt mit der Europäischen Union eingehen, überhaupt kein Problem.

Zwischenruf StRin. Kahr unverständlich.

GR. **Grosz:** Da gebe ich Ihnen Recht, Frau Kollegin Kahr, da gebe ich Ihnen Recht. Aber das, was wichtig ist, ist, dass wir einmal die Sensibilität bekommen dafür, wie es bei uns im sozialen Wohnbau wirklich aussieht.

Zwischenruf StRin. Kahr: Das weiß ich besser als Sie.

GR. **Grosz:** Und dann wissen Sie ja, Frau Stadträtin, wie viel Personen zu Ihnen kommen und sich nicht mehr von Ihnen vertreten fühlen. Die Wahlergebnisse sprechen eine klare Sprache, seitdem Sie den Vorsitz für die KPÖ haben, haben Sie linear überall die Hälfte Ihrer Wähler verloren, oder ist Ihnen das nicht bekannt. Das heißt, tausende von Leuten sind Ihnen davongelaufen, die sich von Ihnen nicht mehr vertreten fühlen, die sagen, dass Sie sich im sozialen Wohnbau nicht mehr wohlfühlen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Die sagen, dass sie in Siedlungen leben, wo nicht mehr ihre Sprache gesprochen wird, die sagen, dass es selbstverständlich Auseinandersetzungen gibt, die ständig zu Klagen im sozialen Wohnbau führen, das wissen Sie ja alles. Sie wissen dass ja, wie es aussieht, aber dann dürfen Sie sich dem nicht verschließen. Sie dürfen nicht die Schutzmantelmadonna des Problems werden, sondern sind Sie die Stadträtin der Lösung und nicht das Problem selbst. Und das ist wichtig, dass wir selbstverständlich diesen Integrationsanspruch, den wir derzeit haben erkennen und versuchen zu lösen und Ghettobildungen haben wir auch. Schauen Sie, allein die Diskussion über die eine Wohnung, auf eine Einrichtung des sozialen Wohnbaus können Sie verweisen, die im keinen Ghetto steht, das ist zufälligerweise am Schloßberg oben, na gratuliere Ihnen. Bei allen anderen sagen Sie doch selber, dass das im Ghetto ist und dass wir natürlich Probleme haben im einen oder anderen Bereich und das wollen wir ändern, daher wollen wir auch die Vergaberichtlinien ändern und das auf allen Ebenen und nicht nur im Grazer Gemeinderat.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.30 Uhr den Vorsitz.

10) Frei zugängliche Internetdatenbank über Sexualstraftäter, die sich an Kindern vergangen haben

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Meine Damen und Herren! Vor kurzer Zeit durften wir aus diversen Tageszeitungen eine Anregung des Bürgermeisters entnehmen, die in der Forderung nicht vollständig übernommen werden muss, aber hinsichtlich des Themas mit dem sie sich beschäftigt, durchaus von entscheidender Bedeutung sein könnte. Wenn auch der Bürgermeister einer kommunalen Gebietskörperschaft nicht für Änderungen des Strafgesetzbuches zuständig ist, so hat er doch mit der Anregung, schärfere Strafen für Sexualstraftäter, vor allem in Zusammenhang mit Minderjährigen und Kindern, ein Thema aufgegriffen, das durch diverse Zeitungsmeldungen beinahe täglich traurige Realität ist.

Es ist nicht Ziel dieses Antrags ein derartiges Thema reißerisch zu verwerten oder aus einem derart sensiblen Thema politisches Kapital zu schlagen, viel mehr geht es mir darum, jene Personen in unserer Gesellschaft, die unseres besonderen Schutzes bedürfen, nämlich unsere Kinder, auch tatsächlich zu schützen. Denn die Wahrheit ist, die auch verschiedenste Experten, die sich mit dieser Materie beschäftigen müssen, vertreten, dass bei einem Großteil der Sexualstraftäter, die sich an Kindern vergehen, das was in unserer Gesellschaft weitläufig als Heilung betrachtet wird,

leider ausgeschlossen ist. Wenn wir solche Personen mit derartigen Neigungen aus der Haft entlassen, müssen wir uns immer der Tatsache bewusst sein, dass dies ein Experiment ist, bei dessen Scheitern die Schwächsten und somit auch Schützenwertesten unserer Gesellschaft in Gefahr gebracht werden.

Ungeachtet der Maßnahmen, die seitens der Legislative und Exekutive getroffen werden können, gibt es auch noch Möglichkeiten, Eltern beziehungsweise Obsorgeberechtigte zu sensibilisieren und zur Wachsamkeit anzuhalten. Die Pathologie derartiger schwerer Übergriffe ist leider sehr häufig von einem beträchtlichen Maß an Blindheit und Naivität jener Personen gekennzeichnet, die eigentlich auf Grund ihrer Stellung in der Lage hätten sein müssen, die Gefahr vorherzusehen beziehungsweise abzuwenden.

Es scheint daher dringend notwendig, eine Informationsplattform im Internet einzurichten, die sowohl über die Gefahren im Allgemeinen informiert, als auch konkret Auskunft über rechtskräftig verurteilte Sexualstraftäter in Freiheit und über deren aktuellen Verbleib Auskunft gibt.

Ich bin mir bewusst, dass so ein Vorschlag durchaus eine polarisierende Wirkung erzielt, möchte aber ausdrücklich betonen, dass in einer derart heiklen Frage, der Opferschutz immer und eindeutig über den Täterschutz zu stellen ist und dass Persönlichkeitsrechte von Personen, die sich an Kindern vergangen haben, im Verhältnis zum Schutzzweck eben dieser Kinder, die die Gesellschaft mit solchen Maßnahmen verfolgt, von nachrangiger Bedeutung sind.

Erfahrungen aus den USA haben bestätigt, dass eine derartige Maßnahme zu einer großen Sensibilisierung der Gesellschaft geführt hat, obwohl ich auch hier nicht verhehlen möchte, dass es dabei vereinzelt zu negativen Auswüchsen gekommen ist. Trotzdem und die überwiegend positiven Erfahrungen im Auge, wurde eine ähnliche Maßnahme auch schon von der deutschen Polizeigewerkschaft und verschiedenen CDU-Politikern gefordert und werden wohl auch demnächst zur Durchführung gebracht.

Ein derartiges Thema und Anliegen kann auch von einer kommunalen Gebietskörperschaft wie Graz aufgegriffen und gefordert werden, zumal die

Anonymität großer Ballungsräume für die relevanten Personenkreise, einen Anziehungspunkt sein kann.

Ich stelle daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich auf dem Petitionswege an den Bundesgesetzgeber und ersucht auf diesem Wege um Prüfung, Durchführung und Einleitung der notwendigen Schritte, um eine frei zugängliche Internetdatenbank über rechtskräftig verurteilte Sexualstraftäter, die sich an Kindern vergangen haben, um deren Aufenthaltsort erstellen zu können, einzurichten (*Applaus BZÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! In der Tat, es geht hier um ein ganz wichtiges und bedeutendes Problemfeld leider in unserer Gesellschaft. Man blickt dabei eben in die leider bekannten Abgründe auch zu denen Menschen fähig sind. Wir sind trotzdem gefordert hier zielgerichtet und das maximal Mögliche zum Schutz unserer Kinder zu tun. Und der Grundansatz des Antrages ist absolut zu unterstützen. Wir müssen wirklich ringen miteinander, was ist rechtlich möglich und zielführend. Ich darf da nur kurz verweisen, kurz, weil es auch die Redezeit nicht ermöglicht, das ist ein ganz wichtiger Problembereich, dass es im Jahr 2009 ein Gewaltschutzpaket gegeben hat, also da wurde das Strafgesetzbuch hinsichtlich der gerichtlichen Aufsicht in der Probezeit geändert, Tätigkeitsverbote im Jugendbereich zwischen ein und fünf Jahren für solche dann formal nach der Tilgung unbescholtene Leute verhängt. Es wurde das Tilgungsgesetz adaptiert, das Strafregistergesetz, Sonderauskünfte insbesondere für Jugendwohlfahrtseinrichtungen, da ist das Land noch säumig mit einer Ausführungsgesetzgebung, wie die Jugendabteilung dem Herrn Stadtrat Eiselsberg

auch berichtet und das Sicherheitspolizeigesetz wurde geändert. Wichtig ist, das ist ganz klar, dass wir keine amerikanischen Verhältnisse wollen und auch keine Lynch- oder Selbstjustiz, wie sie auch in Vorarlberg im Fall Cain mehr als zu erkennen war, wir erinnern uns, dass der Pflichtverteidiger heftigsten Attacken ausgesetzt ist. Die Emotionen können wir nicht wegdrängen, wir müssen mit ihnen leben aber wir müssen sie kanalisieren. Um zum Schluss zu kommen: Dieser Vorschlag, dieser Lösungsansatz, den das BZÖ hier wählt ist eindeutig, das sagt uns die Judikatur der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht rechtsfähig, es entspricht dem Artikel der Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg lässt das nicht zu. Wohl gibt es aber Vorschläge, die der Herr Bürgermeister auch schon in der Vergangenheit gemacht hat, weil wir uns alle ja hier wirklich bemühen, die Situation verbessern, etwa mit einer elektronischen Fußfessel, dass dieser Mensch, zumindest für die Behörden auch wirklich erkennbar und verfolgbar ist, denn eines, schließe ab, ist leider Faktum, die Heilungsquote oder Möglichkeit ist im Gegensatz zu allen anderen Kapitalverbrechen so gut wie Null oder ganz, ganz gering. Daher bedarf es auch hier außerordentlicher Maßnahmen, die hier vorgeschlagene ist allerdings keine und ich ersuche daher der Dringlichkeit und dem Antrag nicht zuzustimmen (*Applaus ÖVP, Grüne und KPÖ*).

GR. **Schneider:** Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Georg Schröck, vielen Dank, du machst was sehr wichtiges für uns, du möchtest uns nämlich auf die Probe stellen und testen, ob der Grazer Gemeinderat bei so sensiblen Themen zu Schnellschüssen neigt. Ich glaube, er wird, wir haben schon gehört, es wird so ausschauen, als ob er diese Probe bestehen wird, hier nicht zu Schnellschüssen neigt. Es ist nämlich vollkommen richtig, das Thema ist ein brisantes und sehr wichtiges und meine persönliche Meinung ist auch, dass der Opferschutz auf alle Fälle vorgeht bei diesem Thema, die Frage ist aber, welches das beste Mittel ist, um diesen Opferschutz zu erreichen und diese Frage sollen zuerst ExpertInnen beantworten und

nicht der Grazer Gemeinderat. Was uns Grüne freut ist ja, dass ihr vom BZÖ ja sehr ein eifriges Antragsrecycling auch betreibt. Wir haben ja heute schon gehört, dass solche Anträge, noch dazu, wo sie bundesgesetzliche Materien betreffen ja im Nationalrat eingebracht werden können, ganz besonders, wenn man Nationalratsabgeordneter ist, wie Ihr Kollege das ist...

Zwischenruf GR. Schröck: Da müssen wir alle Petitionen abschaffen.

GR. **Schneider:** ...das würde uns hier dann Diskussionen ersparen und würde viel schneller zum Ziel auch führen. Insofern wird es von der Grünen Fraktion bei diesem sehr sensiblen Thema für diesen Antrag keine Zustimmung geben. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege Schröck! Wir werden der Dringlichkeit einmal auf jeden Fall zustimmen, weil wir glauben, alle Probleme, die sich um den Tatbestand der Sexualstraftaten im Allgemeinen und natürlich im Speziellen mit Kindern oder, es dreht sich ja um Kinder, dass das natürlich sehr dringlich ist und jede Minute oder jede Stunde, die versäumt wird, glaube ich, haben wir doch eine moralische Verpflichtung hier eine Möglichkeit zu finden, dass eben möglichst viele Kinder geschützt werden. Ganz schützen, wie die Geschichte zeigt, wird man es nicht können, aber Möglichkeiten zu finden, um den Schutz möglichst groß zu halten, glaube ich, ist es auch sehr wichtig eben hier die Dringlichkeit zu unterstützen. Dem Bürgermeister dafür Danke, der das auch vor zehn Tagen oder vor 14 Tagen sehr eindringlich in einer großen Grazer Tageszeitung ja zum

Thema gemacht hat, glaube ich, ist auch sehr wichtig, dass wir uns dafür bereiterklären und das es eine wichtige Aufgabe für uns auch ist, die Kleinsten oder die Jüngsten in unserer Gesellschaft zu schützen. Ganz verstehen tue ich natürlich, aber mit dem werde ich natürlich leben und mit dem werden die anderen Fraktionen auch leben können, tue ich den Kollegen Piffli-Percevic nicht, der zuerst sehr einleitend sehr positiv gesprochen hat und dann eigentlich wieder die Kurve kratzt und dann sagt, nein wir sind gegen alles und der Kollege Schneider ja soundso aber das ist ja schon Tradition, seitdem wir zwei uns kennen, haben wir sehr viele Sachen, wo wir uns nicht verstehen. Also das hat wahrscheinlich...mit was das zu tun haben sollte. Natürlich ganz hundertprozentig bin ich natürlich auch nicht einverstanden was da mit Motiventext, da geht es mir eben so ähnlich wie bei der KPÖ, aber es wahrscheinlich ganz schwierig und das wird man sich wahrscheinlich einmal überlegen müssen in weiterer Zukunft dann, ob man nicht den Motiventext noch mehr ausdehnt, dass man da alles reinschreibt und eigentlich den Antrag dann relativ kurz haltet. Aber im Grundsätzlichen stimmen wir natürlich sowohl dem Motivenansatz zu, weil natürlich vieles richtig gesagt ist gebe ich Kollegen Piffli-Percevic auch, sollte natürlich nicht zu einer Lynchjustiz führen, wobei du dich ein bisschen täuscht dann von dem Vorarlberger Fall handelt es sich ja nicht um einen Sexualtäter sondern nur unter Anführungszeichen um jemanden, der ihm anvertraute Kinder oder ein ihm anvertrautes Kind ermordet hat, also hat mit Sexual nichts zu tun, aber das ist rein, wenn ich das richtig verstehe, im BZÖ-Antrag geht es nicht darum, um Kindesmisshandlungen, sondern es geht ja hauptsächlich darum, dass man Sexualstraftäter eben im Internet sozusagen zeichnet und eben sagen kann, wo wohnt der, dass man eben die Möglichkeit hat, dass der nicht in der Nähe einer Schule ist oder in der Nähe eines Kindergartens. Also deshalb von unserer Fraktion sowohl Zustimmung für die Dringlichkeit und auch Zustimmung für den Inhalt (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Erlauben Sie mir eine wichtige Feststellung. Nämlich ein Journalist der Tageszeitung an mich, weil das gerade in Deutschland wieder ein Riesenthema ist, und mich um meine Meinung fragt, dann habe ich diese kundgetan. Wenn Sie sich dann auf Recherche begeben und einmal hineinschauen, wie dieses Thema in anderen Ländern, in Nachbarländern in Europa aufgearbeitet wird und wie wenig man selbst im Internet in Österreich über dieses Thema findet, dann ist es an der Zeit, dass wir uns in der Politik, verantwortlich auch für die Gesellschaft, einmal die Frage stellen, wie gehen wir mit diesem Thema um. Und es sind erschütternde Zahlen, mehr kann ich nicht dazusagen, wenn Kinder zwischen drei und sieben Jahren Martyrien in unserer Gesellschaft erleben müssen, wenn in Österreich man davon ausgehen kann, dass jedes vierte bis fünfte Kind sexuell missbraucht wird und dass jedes dritte Kind in Österreich Gewalt in der Familie erleiden und ertragen muss, dass ein Kind sieben Anläufe nimmt, bevor ein Außenstehender das Signal erstmals wahrnimmt und, und, und, dann habe ich jedes Mal, wenn ich über das nur nachdenke, eine Traurigkeit und eine Gänsehaut in mir, dass ich sage, es ist fürchterlich. Wer den Film „Das weiße Band“ gesehen hat, ich kann auch nur empfehlen, dass man sich das einmal anschaut, wobei ich es noch nie erlebt habe, dass ein geschlossener Kinosaal in Graz nicht in der Lage war, zehn Minuten bis eine Viertelstunde danach auch nur irgendwas zu reden, weil dieser Film mit unserem österreichisch ausgezeichneten Regisseur etwas aufgegriffen hat, was in unserer Gesellschaft seit Jahrzehnten und Jahrhunderten einfach gang und gäbe ist und wir noch immer nicht weg sind, dann müssen wir irgendwann einmal wieder politisch drüber reden und wenn du dann eine Langzeitstudie aus Deutschland erfährst, wo Universitätsprofessoren und Universität daran gearbeitet haben und gesagt haben, dass 80 % der Menschen, die das einmal getan haben und meistens auch selbst Opfer waren, diese Kette nicht durchbrechen und wieder rückfällig werden nachdem sie es schon einmal getan haben. Also wer dafür bestraft wurde, das muss man einfach sagen, da muss in dieser Republik der Gesetzgeber drüber nachdenken, wie wir mit Menschen, denen das zum Teil schon selbst widerfahren ist, aber die zum Teil auch Täter werden, was man da tun kann. Und aus meiner Sicht ist das ein Vergehen, dass

ist das höchste Vergehen, das man tun kann, es ist das Vernichten eines Lebens von Kindern und da muss die Gesellschaft viel deutlichere Worte finden als sie es jetzt hat. Es kann dort nicht sein, dass das verjährt, es kann dort nicht sein, dass das Strafausmaß gekürzt werden kann, es kann dort nicht sein, dass wenn man weiß, dass die Rückfallsrate so hoch wird, diese Menschen wieder in der Nähe von Kindern sind, deswegen ist ja die Intention, dieselbe, die wir da haben. Aber für mich war nur so wichtig auch einmal jetzt klarzumachen, wir leben in einem Rechtsstaat, dass viele, die auch schon verurteilt waren zum Teil ist es verjährt, da tut man sich wahnsinnig schwer, auch aufgrund unserer Gesetzeslage, dass man das alles ins Internet stellt und das Leben in der Form, auch für diese Menschen verunmöglicht, weil man kann es einmal probieren, was würde da ausbrechen, ich sage das jetzt auch einmal dazu. Aber umgekehrt glaube ich, muss man über das Strafausmaß, ich habe mich dazu bekannt und habe gesagt, das ist für mich ein lebenslängliches Delikt inklusive Fußfesseldebatte, alles was es da gibt, aber da kannst in Wahrheit, wenn es wieder verübt wird, auch nur hintennach feststellen, wer es war, aber verhindern kannst du es nicht und der oberste Schutz muss unseren Kindern gelten, deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass man das Problem nur lösen kann, wenn man über ein beinhartes Strafausmaß nachdenkt. Für mich ist das lebenslänglich, das muss jeder wissen, wenn er sich an den Kleinsten in der Gesellschaft vergreift, dann ist er aus dieser Gesellschaft ausgeschlossen und das ist mir ein wichtiges Thema, deswegen habe ich es auch beantwortet als der Herr Richter mich diesbezüglich befragt hat und zu dieser Meinung stehe ich auch (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Schröck:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich erkenne an den Wortmeldungen, dass das natürlich ein Thema ist, das uns wirklich mit den tiefsten Abgründen unserer Gesellschaft konfrontiert, das aber nicht gelöst wird, indem wir es einfach an die nächst höheren Entscheidungsebenen weitergeben und ich stelle auch außer Zweifel, dass eine Internetplattform, wie diese natürlich auch gewisse Nachteile in sich birgt,

das in Persönlichkeitsrechte eingreift und dass sie auch eventuelle Gefahrenpotentiale in sich birgt. Aber wir sollten uns ehrlich die Frage stellen, wie wir diesem Problem dem sonst wirksam begegnen könnten. Dem gemessen an den anderen Vorschlägen ist die Information der Bevölkerung über den Aufenthaltsort jener Sexualstraftäter nun einmal in dieser speziellen Fragestellung die wirksamste Lösung. Denn die Vorstellung, dass ein erhöhter Strafenkatalog solche abartigen Verbrechen verhindert oder Täter von ihrem Verbrechen abhalten könnte, geht von der irrsinnigen Annahme aus, dass diesen Übergriffen von diesen Sexualstraftätern irgendwelche rationalen Denkmodelle zugrunde liegen würden und nur dann hätten auch Androhungen erhöhter Strafen einen Sinn. Aber es ist eben nicht davon auszugehen, dass diese Täter ihr Verbrechen in irgendein Verhältnis zu einer Strafe setzen und damit wird der gewünschte Effekt auch nicht erreicht werden und wirksame Prävention wird damit auch nicht erreicht. Prävention ist viel mehr, Information der besorgten Bevölkerung. Und Kollege Schneider, Schnellschüsse zu diesem Thema, wenn Sie das so nennen wollen, aber uns verbindet ohnehin nichts und das ist noch aufgerundet und das ist auch gut so. Dass die SPÖ es nicht Wert findet zu so einem wichtigen und sensiblen Thema überhaupt eine Wortmeldung abzugeben ist wahrscheinlich in Anbetracht dessen, was der Herr Landeshauptmann erst kürzlich in einem Interview auf der Grazer Opernredoute gesagt hat, als man ihn fragte, was er davon hielte, dass der Alfons Haider bei Dancing Stars mit einem anderen Mann tanzt und er hat darauf nämlich gesagt, mir ist das alles lieber, als so mancher vergreift sich an kleinen Kindern, das hat er gesagt und das ist vielleicht auch gut so, dass Sie heute zu diesem Thema schweigen. Und, Herr Bürgermeister, ich unterschreibe alles, was Sie, ich glaube dieser Interpretationsspielraum ist nicht mehr gegeben in dieser Äußerung, wie es der Landeshauptmann getätigt hat, die ist nämlich zu verurteilen diese Äußerung, falls Sie mich jetzt falsch verstanden haben. Sie haben die Problematik beschrieben, Sie haben die Leiden dieser Kinder beschrieben und heute hätten Sie genau dagegen ein Zeichen setzen können. Ich weiß nicht, was Sie hindert, aber es ist auf jeden Fall schade. Dankeschön (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, den Satz musst du mir erlauben. In dem Augenblick, wo ich jemanden lebenslang wegsperre, brauche ich keine Datenbank führen, das ist die Idee dahinter, um das Problem zu lösen. Und da muss ich wissen, dass es internationales Recht gibt, auf das ich jetzt nicht einwirken kann, weil der hat nach jetzigem Recht diese Geschichte verbüßt und jetzt lösen wir die Problematik nicht, aber umgekehrt kann ich nicht was beschließen, was gegen internationale Rechtslage ist.

Zwischenruf GR. Grosz: Und wir lassen sie nach sieben Jahren wieder frei.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, deswegen muss man es ändern.

11) Direkte und unmittelbare Bürgerinformation durch Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen via Internet zu unseren Bürgerinnen und Bürgern

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der direkten Demokratie, direkte Demokratie wagen hat uns ja bereits in der letzten Sitzung beschäftigt, indem wir das neue vorgelegte Bürger-Befragungs-Modell einmal für Graz beschlossen haben. Nicht alle waren davon begeistert, jeder weiß, dass man das entwickeln wird in Zukunft aber es ist wichtig, dass man in diesem Bereich weitermacht, weil es heißt ja eine Schwalbe allein macht noch keinen Sommer und wir wollen ja die Politik herausführen aus diesem stillen Kämmerlein und die Bürger und die Politik wieder näher zueinander bringen. In diesem Sinne sollte dieser Standard, der sich in Mitteleuropa, in Österreich auch zwischendurch entwickelt hat, wirklich Platz greifen, indem es zur gelebten Normalität auch in Graz wird und der demokratiepolitische Standard wirklich eingehalten wird, um die Debatten, aber auch die Entscheidungen, die in den Gebietskörperschaften, in den gesetzgebenden Körperschaften getroffen werden, wirklich den Bürgern nahezubringen. Und wir selbst haben dieser Tage erst erlebt bei der Diskussion und bei den Abstimmungen im steirischen Landtag, dass die Bürger sehr intensiv an den Wortmeldungen der Abgeordneten, der Regierungsmitglieder wirklich teilgenommen haben. Die Drähte haben geglüht. Wir haben ja hier auch die Situation, dass ja nicht nur jetzt audio-mäßig diese Sitzungen übertragen werden, sondern auch mit einer, meines Erachtens durchaus akzeptablen Bildqualität und man hier wirklich den Abgeordneten bei der Arbeit zuschauen kann. Es geht hier in Graz wirklich auch als zweitgrößte Stadt Österreichs hier auch nicht nur ein Zeichen zu setzen, sondern hier wirklich einen praktikablen und guten Schritt nach vorne zu gehen, um hier auch das einzuhalten diesen Standard, diesen Standard wirklich zu erreichen. Es geht also heute um das Wollen und das Sollen, dass wir hier diese hervorragende Möglichkeit an die Bürgerinnen und Bürger heranzukommen als Mandatäre wirklich erreichen. In Wien wurde diese Debatte bereits im Jahre 2000 geführt, die dort getätigten Aussagen gelten wohl zumeist auch für Landeshauptstadt Graz in dieser geäußerten Güte und es hat auch dazu geführt in Wien, dass hier die Sitzungen entsprechend übertragen werden. Wir möchten ja wohl alle nicht, dass Adabeis, nur Pensionisten und andere Personen, die gerade zufällig Zeit haben hier

uns auf der Galerie zuschauen, sondern die meisten sind halt an ihren Arbeitsplätzen, in Familie, bei entsprechenden Besorgungen und können sonst, außer dieser Technik, den Gemeinderatsitzungen nicht folgen. Es ist also ein Tor, das uns zur Verfügung steht heute, dank dieser modernen, effizienten Technik und wir sollten wirklich dieses Tor aufmachen, um ohne Umschweife wirklich diesen Kontakt wieder herzustellen. Ich habe mich im Vorfeld zum heutigen dringlichen Antrag auch erkundigt, weil es auch ein Thema war im Hintergrund, welche Kosten damit verbunden wären, ich habe hier wirklich ohne noch entsprechendes verbindliches Angebot zu bekommen, ungefähr einen Euro pro User genannt bekommen, das wären also bei 2000 Zusehern rund 2000 Euro für ein Monat. Das würde aber auch bedeuten, dass viele andere Veranstaltungen, die in der Stadt Graz erfolgt und wo so was angedacht ist, in diesem Paket drinnen wären. Ich denke bei gutem Willen sind Schritte in diese Richtung machbar. Wir haben es im Antragstext in der Form nicht reingegeben, weil es uns darum geht, hier wirklich einen politischen Konsens herbeizuführen, um diese Schritte auch entsprechend einzuleiten. Und wer weiß, dass ich hier nur heraus gehe, um Anträge wirklich bringen, die von mir stammen, die meisten von Ihnen wissen es, der weiß auch, dass mein seinerzeitiger Antrag in diesem Zusammenhang auch von mir stammte.

Ich stelle also daher den heutigen

dringlichen Antrag

und bitte um Ihre Unterstützung.

Bürgermeister Nagl wird aufgefordert,

Es möge umgehend eine Zusammenkunft der Vertreter aller Fraktionen zu diesem Thema anberaumt werden, um die Live-Übertragung der Sitzungen des Grazer Gemeinderates gemeinsam zu beraten und dieses Ziel terminlich ehestens voranzubringen, weiters der Bürgermeister möge hierzu nach seinem freien

Ermessen dieses Gremium durch einschlägig kompetente Kolleginnen und Kollegen aus unserem Kreis, Kompetenzträger aus der Stadt Graz, wie zum Beispiel der zu uns gehörigen CityCom, sowie dem erfahrenen Landespressedienst erweitern und weiters Fakultativ könnten als erster Schritt für eine Systemisierung einer Live-Übertragung auch ein oder zwei versuchsweise Übertragungen angedacht werden, um aus den daraus erwachsenden Ergebnissen für das weitere solide Vorgehen zweckmäßige Erfahrungen zu gewinnen. Ich denke, ein praktikabler Ansatz in Summe des Zieles für uns klar ersichtlich macht, wo wir hinmüssen, um Bürgergesellschaft und politisch gewählte Mandatare der Zivilgesellschaft nicht auseinander driften zu lassen, sondern wieder einen Schritt näher zusammenzuführen und ich bitte um Unterstützung. Danke.

GR. **Schröck** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Kammerrat, Bezirkskammerrat Mag. Mariacher! Da du ja, damals noch als Mitglied des BZÖ diesen Antrag schon einmal eingebracht hast, ich weiß nicht Armin, hat er ihn bei euch auch schon einmal eingebracht, ja, also um zu entgehen, dass er auch dann jetzt dann ein viertes Mal eingebracht wird, werden wir natürlich, deswegen alleine schon zustimmen. Die öffentliche Übertragung der Sitzungen birgt aber natürlich eine Gefahr, nämlich, dass der Kollege Mariacher seinem ausgeprägten Sendungsbewusstsein dann noch mehr Rechnung trägt und als umfassender Experte für alle Lebensfragen dann noch öfter sprechen wird. Trotzdem, und diese Gefahr vor dem sehenden Auge, ein Ja zu diesem Antrag (*Applaus BZÖ*).

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, lieber Gerhard! Wir stimmen natürlich alle dem zu, was du im Motivenbericht von dir gegeben hast. Es ist wichtig, dass wir auch moderne Mittel einsetzen, um an den

Bürger zu kommen. Ich weiß, dass du diese Idee nicht nur da eingebracht hast, sondern auch bei deinem Fan-Klub, bei den Roten Teufel, dort hat es ja anscheinend funktioniert, dort werden wahrscheinlich nicht so viele Leute zugreifen. Moderne Mittel bergen wahrscheinlich auch Gefahren oder das weiß ich, viele von Ihnen haben wahrscheinlich auch mitverfolgt, wie der Gemeinderat in Fürstenfeld online gegangen ist, da hat es keine, nette Diskussion über eine grüne Palme gegeben von einem grünen Gemeinderat. Im Endeffekt hat sich herausgestellt, dass die grüne Palme eine Plastikpalme war. Aber nichtsdestotrotz, wir haben diese Inhalte auch schon 2007 hier vorgetragen und haben seitens der ÖVP einen Antrag gestellt, eine solche Einrichtung zu prüfen. Es hat dann nicht nur eine Prüfung gegeben, sondern auch einen Pilotversuch, eine Gemeinderatssitzung zu übertragen ins Internet und auch auf den Hauptplatz. Diese Aktion ist beworben worden, leider, und ich habe gerade vorher auch mit den Beamten gesprochen, haben sich die Zugriffe auf die politischen Büros im Grazer Rathaus beschränkt. Also man muss schon die Kosten-Nutzen in Relation halten und damals war es nicht der Fall. Ich habe auch die Landtagssitzung mitverfolgt letzten Dienstag, es war recht interessant, aber es ist um 14.00 Uhr die Leitung zusammengebrochen. Also wenn man das macht, dann muss man das gescheit machen, wir haben mit dem Landtag geredet, was das ganze kostet. Das ganze belauft sich auf 190.000 Euro, das heißt, das ist allein die Einrichtung, die Installierung und dann muss man auch die Kapazität im Internet zukaufen, was du beschrieben hast. Also das müsste man investieren, aber wir sagen natürlich, es ist ein bisschen eine Zeit vergangen seit der grünen Palme von Fürstenfeld und wir sind dafür, dass man das noch einmal prüft, aber es muss dann auch der Nutzen im Vordergrund stehen und es dürfen nicht nur Kosten auf uns zukommen. Deswegen werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Kollege Kurt Hohensinner! Hinsichtlich der genannten Kosten kann ich dich, sozusagen Entwarnung aussprechen, diese Kosten

fallen mit Sicherheit nicht an. Wie du erwähnt hast, sind solche Übungen, solche Direktübertragungen ja kein technologisches Neuland, sondern geübte Praxis sogar im sportlichen Bereich, wie du richtigerweise angeschnitten hast. Also da kann man sicherlich eine klare Entwarnung geben. Selbstverständlich, die Kosten-Nutzen-Relation, lieber Kurt, ist natürlich auch in dieser Frage ein Thema, aber ich sage, den Nutzen solcher Direktübertragung, den stellen im Wesentlichen wir mit unseren Anträgen, mit unseren Debattenbeiträgen, mit unseren Themen inwieweit wir in der Lage sind, wirklich bei den Bürgern zu sein und auch Probleme des täglichen Lebens für die Bürger und für die Zukunft auch wirklich einzugehen. Ich glaube, das wird bei einem besser, beim anderen vielleicht ein bisschen schlechter ausfallen, aber ich denke, in Summe ist es eine große Motivation für uns alle, hier auch dieses Forum zu erlangen. Ich danke für die Unterstützung.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Grosz** zum Antrag: Es ist notwendig, sehr geehrte Gemeinderäte. Selbstverständlich unterstützen wir ihn auch im Inhalt, wie wohl ich glaube, dass es einen Einsparungseffekt zu den 190.000 Euro durchaus gibt, wenn wir Kameras verwenden und Gemeinderat Mariacher damit auch ausstatten und bei jeder Sitzung es ein anderer Macht, dann spart man Kosten. Aber nein, Kollege Hohensinner, mir sind die 190.000 Euro es wert, damit auch solche rhetorischen Ergüsse eine Herrn Mariacher das Licht der Öffentlichkeit erblicken, wie sein Brief an Bürgermeister Nagl von erst unlängst, das sollten Sie auch wissen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Siegi! Ich bedanke mich sehr herzlich bei dir für unser heutiges Gespräch, das ungeachtet der hektischen Zeit vor Weihnachten und vor dem Budget-Gemeinderat bei dir in sehr angenehmer Atmosphäre stattfand! Als unabhängiger Gemeinderat sehe ich in Anspielung an die überlieferte lutherische Tradition den Fleiß und das

Haushalten als zentrale Grundtugenden an, die uns meines Erachtens zur noch festeren Spardisziplin, zum Entschlacken der Verwaltung und zur Unterstützung unserer Familien auffordern und ermuntern. Und mehr Familie und Kinder, mehr möglichst hochwertige Anstellungen und weniger Abgabenlast, das muss man einmal verstehen, und maximale Transparenz und Fairness sind auch leicht messbare Zielsetzungen dazu. Das auch zur Sache, weil der muss das Licht der Öffentlichkeit erblicken und ich will auch, dass der im Protokoll drinnen ist, deswegen tue ich es auch jetzt. Auf Basis dessen sehe ich insbesondere und exemplarisch bei den Themen Information und Anhörungsrecht für anrainende Mieter bla, bla, bla bis zur Fettsucht bei Kindern wichtige Themenfelder im Grazer Gemeinderat. Um auf diesem Wege überhaupt arbeiten zu können, ersuche ich dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Siegi um wohlwollende Unterstützung bei der Zurverfügungstellung der gebotenen grundlegenden Ressourcen. Erstens: Zurverfügungstellung eines mir zugeordneten Büroraumes im Rathaus oder im Amtshaus samt Büroeinrichtung, Schreibtisch, Schrank, kleiner Besprechungstisch, Bestuhlung sowie PC und Telefon, keine Personalerfordernis, sind mir einmal froh. Zweitens: Gewährung des für mein Mandat entfallenden Betrages aus der jährlichen Parteifinanzierung der Stadt Graz, dieser Betrag wird natürlich zur Gänze und somit bis zum letzten Cent für meine politische Arbeit eingesetzt, jedenfalls ersuche ich bitte um Übermittlung der zugehörigen und aktuell gültigen Voraussetzungen samt Bedingungen der Verwendung. Drittens: Gleichberechtigte Aufnahme und Teilnahme in der Klubobleutekonferenz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Viertens: Gesicherte Übermittlung der Einladungen samt Tagesordnung zu den Sitzungen des Finanzausschusses und des Kontrollausschusses, eine Teilnahme mit Sitz und Stimme ist natürlich anzustreben, aber in einer ganzheitlichen Sicht zu den obigen Punkten priorisiert. Aber jetzt kommt es: Lieber Siegi, ich danke dir nochmals für das heutige überaus freundliche und konstruktive Gespräch und bitte dich um baldige Mitteilung betreffend Zuteilung der Ressourcen. Betreffend des Murkraftwerkes, sehr geehrte Damen und Herren von den Grünen, und der weiteren übereinstimmend gesehenen Themen, der weiteren übereinstimmend gesehenen Themen werde ich mir erlauben,

dass der Vertiefung und Konkretisierung wegen mit deinem Klubobmann Dr. Piffli-Percevic zu erörtern. Mit besten Grüßen Gerhard. Noch nie habe ich so ein Schreiben, das einen politischen Mandatsverkauf bedeutet, in meinen Händen gehalten, ein Mandatar der Geld, Ressourcen und Büroeinrichtung haben will und damit seine Stimme für die vereinbarten gemeinsamen Themen sieht, die ja selbstverständlich vorher mit dem Kollegen Piffli-Percevic erörtert werden. Sehr geehrte Damen und Herren, allein, dass ich einmal noch einmal diesen Brief dem Internet und damit den Grazerinnen und Grazern vorlesen kann ist mir 190.000 Euro wert, dass wir endlich die Live-Übertragung des Gemeinderates bekommen. Ich danke Ihnen (*Applaus BZÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.